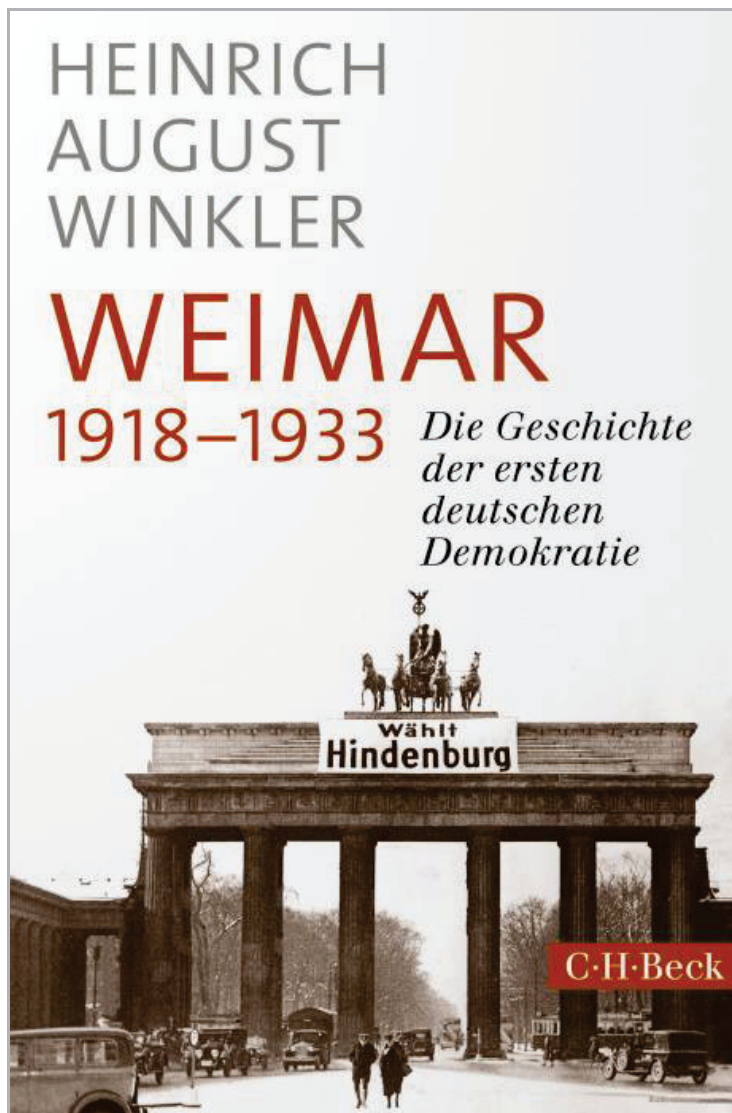


Unverkäufliche Leseprobe



Heinrich August Winkler
Weimar 1918-1933

Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie

2024. 711 S.

ISBN 978-3-406-81766-3

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/36696701>

© Verlag C.H.Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

C·H·Beck

PAPERBACK

«Wenige Kapitel der deutschen Geschichte sind so umstritten wie die vierzehn Jahre zwischen Kaiserreich und ›Drittem Reich‹. Die Weimarer Republik: das war das große Laboratorium der klassischen Moderne, eine Zeit des kulturellen Aufbruchs, der Befreiung von hohlen Konventionen, der großen Triumphe einer weltoffenen künstlerischen und intellektuellen Avantgarde. Mit der ersten deutschen Republik verbindet sich aber auch die Erinnerung an gewaltsame Umsturzversuche und galoppierende Inflation, an Massenarbeitslosigkeit und politischen Radikalismus, an die Krisen und den Untergang einer Demokratie, der in den Augen vieler Deutschen von Anfang an der nationale Makel anhaftete, daß sie aus der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg erwachsen war.

Was auf Weimar folgte, war so schrecklich, daß wir das Scheitern der ersten deutschen Republik zu den großen Katastrophen der Weltgeschichte rechnen müssen. Weil dem so ist, steht im Hintergrund aller Betrachtungen über Weimar unverrückbar die Frage, warum es zu 1933 kommen konnte. Geschichtsschreibung über Weimar ist damit notwendigerweise immer auch Trauerarbeit.»

Heinrich August Winkler, geb. 1938 in Königsberg, studierte Geschichte, Philosophie und öffentliches Recht in Tübingen, Münster und Heidelberg. Er habilitierte sich 1970 in Berlin an der Freien Universität und war zunächst dort, danach von 1972 bis 1991 Professor in Freiburg. Seit 1991 war er bis zu seiner Emeritierung Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Werke «Der lange Weg nach Westen» und «Geschichte des Westens» sind weithin gelesene Bestseller. 2014 erhielt er den Europapreis für politische Kultur der Hans Ringier Stiftung und 2016 den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung. Bei C.H.Beck sind zuletzt erschienen: «Nationalstaat wider Willen» (2022) und «Die Deutschen und die Revolution» (2024).

HEINRICH AUGUST WINKLER

Weimar 1918 – 1933

Die Geschichte der ersten
deutschen Demokratie

C. H. Beck

Dieses Werk wurde gefördert durch einen einjährigen Forschungsaufenthalt
am Historischen Kolleg in München. Träger des Historischen Kollegs
sind der Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung
und Lehre und der Stiferverband für die Deutsche Wissenschaft.

1. Auflage. 1993
 2. durchgesehene Auflage. 1994
 3. durchgesehene Auflage. 1998
 4. durchgesehene Auflage. 2005
- 1.–2. Auflage in C.H.Beck Paperback. 2018
3. Auflage in C.H.Beck Paperback.

4. Auflage in C.H.Beck Paperback. 2024

© Verlag C.H.Beck oHG, München 1993
Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen
dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.
www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
Umschlagabbildung: Reichspräsidentenwahl 1932:
Wahltransparent am Brandenburger Tor © ullsteinbild, Berlin
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 81766 3



verantwortungsbewusst produziert
www.chbeck.de/nachhaltig

Dem Andenken meiner polnischen Freunde
Bronisław Geremek (1932-2008)
und
Jerzy Holzer (1930-2015)

Inhalt

Vorwort zur Neuauflage	I
Einleitung	II
1. Das zwiespältige Erbe	13
2. Die gebremste Revolution	33
3. Die bedrängte Mehrheit	69
4. Der unbewältigte Friede	87
5. Die hingenommene Verfassung	99
6. Die fehlgeschlagene Gegenrevolution	109
7. Die vertagte Krise	143
8. Die vermiedene Katastrophe	186
9. Die prekäre Stabilisierung	244
10. Die gespaltene Gesellschaft	285
11. Die konservative Republik	306
12. Die Preisgabe des Parlamentarismus	334
13. Die Ausschaltung der Massen	375
14. Die Politik der Depression	408
15. Die Logik des kleineren Übels	444
16. Die Drohung des Bürgerkrieges	477
17. Der Aufschub des Staatsnotstands	521
18. Die Auslieferung des Staates	557
Nachwort: Weimars Ort in der deutschen Geschichte	595
Dank	617
Anmerkungen	619
Abkürzungsverzeichnis	701
Personenregister	703

Vorwort zur Neuausgabe

Wachsender zeitlicher Abstand bedeutet noch nicht notwendigerweise, dass eine historische Epoche uns ferner rückt. Als die vorliegende Geschichte der Weimarer Republik 1993 erstmals erschien, waren seit dem Untergang der ersten deutschen Demokratie sechs Jahrzehnte vergangen. „Weimar“ schien mehr denn je ein abgeschlossenes Kapitel der deutschen Geschichte zu sein. Heute, ein Vierteljahrhundert später, hört man Warnungen vor „Weimarer Verhältnissen“ eher häufiger als damals. Die Historiker streiten zwar längst nicht mehr so leidenschaftlich über die deutsche Geschichte der Jahre von 1918 bis 1933 wie in den Jahrzehnten vor der Wiedervereinigung. In der breiteren Öffentlichkeit aber leben noch immer Geschichtsbilder fort, deren Ursprünge teilweise bis in die Entstehungszeit des Staates zurückreichen, der vor hundert Jahren, im November 1918, aus den revolutionären Kämpfen am Ende des Ersten Weltkriegs hervorging.

Auf der äußersten Linken wird alljährlich in Berlin Mitte Januar der Toten des Januaraufstandes von 1919 gedacht, aber so gut wie nie vom eigentlichen Ziel dieser Erhebung von Teilen der Berliner Arbeiterschaft gesprochen: der Verhinderung der Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, die die erstrebte Diktatur des Proletariats in weite Ferne zu rücken drohten. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums, der äußersten Rechten, versucht man neuerdings, an das Erbe der „Konservativen Revolution“ anzuknüpfen – jener dezidiert antiliberalen Intellektuellenbewegung der 1920er und frühen 1930er Jahre, die wesentlich zur Zerstörung der parlamentarischen Demokratie beitrug und damit im gebildeten Bürgertum den Boden für die Unterstützung Hitlers bereitete. Im Bundestag gibt es nicht nur eine Partei, die sich als Erbin der deutschen Kommunisten der ersten Republik versteht, sondern seit 2017 auch eine Partei, die sich zwar nicht auf Weimarer Vorläufer beruft, aber doch unübersehbar in der Tradition der damaligen bürgerlichen Rechten, namentlich in ihrer deutschnationalen Spielart, steht.

Von „Weimarer Verhältnissen“ kann dennoch keine Rede sein. Es gibt weder links noch rechts Massenbewegungen, die sich die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates zum Ziel gesetzt haben, und keine Parteiarmeen, die den Bürgerkrieg proben. Auch nach der Bundestagswahl vom September 2017 ist die Bundesrepublik Deutschland noch immer weit entfernt von einer Demokratiekrise wie nach 1930. Die Auffächerung der Parteienlandschaft macht Regierungsbildungen schwieriger, was sich aber auch als Zeichen einer europäischen Normalisierung Deutschlands verstehen lässt. Da es einen breiten Verfassungskonsens und in den Grundfragen der

Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik einen soliden Fundus an Gemeinsamkeit zwischen den mittlerweile „klassischen“ demokratischen Parteien gibt, wäre auch eine Regierung, die sich auf wechselnde Mehrheiten stützen muss, anders als in der ersten deutschen Republik nicht gleichbedeutend mit politischer Instabilität. Ein Zwang zu Großen Koalitionen lässt sich aus dem vielzitierten „Weimarer Erfahrungen“ folglich nicht ableiten.

Als sich der Parlamentarische Rat in Bonn im Herbst 1948 anschickte, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland auszuarbeiten, sah er seine Hauptaufgabe darin, konkrete Schlussfolgerungen aus dem Scheitern der ersten deutschen Republik zu ziehen. Das Ergebnis des Versuches, aus Weimar zu lernen, war die wehrhafte, repräsentative, am Imperativ der Funktionsfähigkeit der Verfassungsorgane orientierte „Kanzlerdemokratie“ des Grundgesetzes. Aller anfänglichen Skepsis zum Trotz erwies sich das Grundgesetz als entscheidender Beitrag zu dem, was man die „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik genannt hat. Die vor sieben Jahrzehnten verabschiedete Verfassung war als Provisorium für den westdeutschen Teilstaat gedacht. Doch sie hat sich in der „alten“ Bundesrepublik so bewährt, dass sie, im Kern unverändert, auch heute noch im wiedervereinigten Deutschland gilt.

Kontrovers ist inzwischen nur eine der Lehren, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes aus Weimar gezogen haben, nämlich ihre weitgehende Absage an alle Formen von direkter Demokratie. Kritiker dieser Entscheidung pflegen darauf hinzuweisen, dass die erste Republik nicht an einem Zuviel an Plebisziten, sondern an einem Zuwenig an Demokraten im Reichstag gescheitert ist. Doch dieser Einwand ist nur vordergründig richtig, mithin anfechtbar: Die beiden Volksentscheide, die es auf Reichsebene gab – der zur Fürstenenteignung 1926 und der zum Young-Plan 1929 –, trugen nicht nur nicht zur Festigung der Demokratie bei, sie stärkten vielmehr deren Gegner am linken und rechten Rand, das heißt im ersten Fall die Kommunisten, im zweiten die Nationalsozialisten.

Die Gefahr, dass sich bei Volksentscheiden Kräfte zusammenschließen, die sich nur in der Negation einig, zu konstruktiver Zusammenarbeit aber unfähig sind, bleibt eines der Hauptargumente gegen eine konkurrierende Gesetzgebung von Volk und Parlament zumindest auf der „höheren“, der nationalstaatlichen Ebene. Und noch immer gilt, was der Jurist und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel in einem Aufsatz aus dem Jahr 1958 in die Form eines Verdiktes gebracht hat: „Ein Volk, das seinem Parlament nicht die Fähigkeit zur Repräsentation zutraut, leidet an einem demokratischen Minderwertigkeitskomplex.“

Wenn es eine Ursache letzter Instanz für das Scheitern der Weimarer Republik gibt, liegt sie in den massiven Vorbehalten gegenüber der westlichen Demokratie, die es in allen Teilen der deutschen Gesellschaft, mit am stärksten aber im gebildeten Bürgertum gab. Diese Vorbehalte hatten ihren tieferen Grund in der obrigkeitlichen Prägung der politischen Kultur Deutschlands, der Distanz eines Großteils seiner Eliten gegenüber den Ideen der

unveräußerlichen Menschenrechte, der Volkssouveränität und des „representative government“, dem Erbe der beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789, das man im Begriff des normativen Projekts des Westens zusammenfassen kann.

Deutschland war zwar schon zur Zeit des Kaiserreiches ein Rechts- und Verfassungsstaat, eine parlamentarische Demokratie aber wurde es erst im Zeichen der militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg im Herbst 1918. Von allen Vorbelastungen der ersten deutschen Republik war dies wohl die schwerste. Was Weimar trotz der anhaltenden Anfeindung seiner neuen, freiheitlichen Staatsform durch die nationalistische Rechte an Reformen und Neuerungen auf den Gebieten der Sozial-, Wohnungsbau- und Gesundheitspolitik hervorgebracht hat, war auch im internationalen Vergleich höchst bemerkenswert. Intellektuell und kulturell ging vom Deutschland der ersten Republik eine Faszination aus, die bis heute nachwirkt.

Auf der Reichs- wie auf der Landesebene erhielten die Deutschen nach 1918 erstmals die Gelegenheit, Erfahrungen mit der parlamentarischen Demokratie zu sammeln, aus denen die weise gewordenen Weimarer im Bonner Parlamentarischen Rat schöpfen konnten, als es darum ging, eine neue Demokratie aufzubauen. Ein von Hitler in die Emigration gezwungener Weimarer Politiker, der Reichstagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag, Ernst Hamburger, hat diesen Sachverhalt in einem Gespräch mit mir in New York Anfang 1975 in die Worte gefasst: „Dass Bonn nicht Weimar wurde, liegt auch daran, dass es Weimar gegeben hat.“

Die Demokratiefeindschaft, die Weimar nach 1930 zu Fall brachte, ist nicht mehr das Problem der Gegenwart. Gefährdet wird die westliche Demokratie heute vor allem durch Demokraten, die ein allzu simples Verständnis von Demokratie pflegen. Demokratie ist, anders als Populisten aller Schattierungen meinen, sehr viel mehr als nur der Ausdruck des Mehrheitswillens. Sie setzt eine Verfassungswirklichkeit voraus, in der die Herrschaft des Rechts, die Gewaltenteilung und namentlich die Unabhängigkeit der Gerichte gesichert sind, und in der der Minderheit dieselben Menschen- und Bürgerrechte zustehen wie der Mehrheit. Es ist diese politische Kultur des Westens, der sich Deutschland so lange widersetzt und erst nach der Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945 mit nachhaltiger Wirkung geöffnet hat – eine Kultur, die es zu verteidigen gilt, wo immer und von wem auch immer sie bedroht wird. Von allen Lektionen, die sich aus der Geschichte der Weimarer Republik ableiten lassen, ist dies die wichtigste.

Die vorliegende Geschichte der Weimarer Republik habe ich in den Jahren 1990 bis 1992 geschrieben. Ich konnte mich dabei auf eigene Vorarbeiten, darunter meine dreibändige, zwischen 1984 und 1987 erschienene Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, stützen. Große Teile des Manuskripts entstanden während eines einjährigen For-

schungsaufenthaltes am Historischen Kolleg in München. Sehr viel habe ich aus dem wissenschaftlichen Kolloquium „Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen“ gelernt, zu dem ich im Januar 1991 Fachleute aus dem In- und Ausland an das Historische Kolleg einladen konnte. Der Band mit den Beiträgen zu dieser Tagung ist 1992 im Verlag R. Oldenbourg, München, erschienen.

An meiner Sicht auf die Weimarer Republik, ihre Entstehung, ihre Entwicklung, ihren Untergang und ihren Ort in der deutschen Geschichte, hat sich seit der ersten Veröffentlichung dieses Bandes nichts geändert. Deswegen habe ich mich auf die Korrektur einiger kleinerer Errata beschränkt. Ansonsten ist der Text dieser Neuauflage gegenüber der 2005 erschienenen 4. Auflage unverändert geblieben.

Berlin, im Januar 2018

Heinrich August Winkler

Einleitung

Wenige Kapitel der deutschen Geschichte sind so umstritten wie die vierzehn Jahre zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“. Die Weimarer Republik: das war das große Laboratorium der klassischen Moderne, eine Zeit des kulturellen Aufbruchs, der Befreiung von hohlen Konventionen, der großen Triumphe einer weltoffenen künstlerischen und intellektuellen Avantgarde. Mit der ersten deutschen Republik verbindet sich aber auch die Erinnerung an gewaltsame Umsturzversuche und galoppierende Inflation, an Massenarbeitslosigkeit und politischen Radikalismus, an die Krisen und den Untergang einer Demokratie, der in den Augen vieler Deutschen von Anfang an der nationale Makel anhaftete, daß sie aus der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg erwachsen war.

Was auf Weimar folgte, war so schrecklich, daß wir das Scheitern der ersten deutschen Republik zu den großen Katastrophen der Weltgeschichte rechnen müssen. Weil dem so ist, steht im Hintergrund aller Betrachtungen über Weimar unverrückbar die Frage, warum es zu 1933 kommen konnte. Geschichtsschreibung über Weimar ist damit notwendigerweise immer auch Trauerarbeit.

Vom Scheitern Weimars auszugehen, heißt nicht, die Unvermeidbarkeit dieses Scheiterns zu unterstellen. Vielmehr ist die Frage nach den Ursachen des Untergangs unlösbar verknüpft mit der Frage nach Handlungsspielräumen und Alternativen – mit der Frage also, wie offen vergangene Entscheidungssituationen wirklich waren. Beantworten läßt sich diese Doppelfrage nur, wenn wir so quellennah wie nur möglich an unser Thema herangehen. Zugleich zwingt die Fragestellung zur Konzentration auf das, was im Sinne der Frage wesentlich ist. Infolgedessen kann und will dieses Buch keine „Totalgeschichte“ der Weimarer Republik sein; es ist nicht enzyklopädisch angelegt, sondern als Problemgeschichte. Im Vordergrund steht die Politik.

Weimar war nicht nur die Vorgeschichte des „Dritten Reiches“, sondern auch die Nachgeschichte des Kaiserreiches. Beides läßt sich nicht voneinander trennen, aber in beidem geht Weimar nicht auf. Weimar war *auch* die erste große Chance der Deutschen, parlamentarische Demokratie zu lernen, und insofern gehört Weimar zur Vorgeschichte der „alten“ Bundesrepublik, der zweiten Lehrzeit in Sachen Demokratie. Die Auseinandersetzung mit Weimar war prägend für Bonn, auf radikal andere Weise aber auch für den zweiten Nachfolgestaat des Deutschen Reiches, die Deutsche Demokratische Republik. Das seit 1990 vereinigte Deutschland ist wieder, was bis dahin nur die Weimarer Republik war oder zumindest nach dem Willen ihrer Gründer sein sollte: ein demokratischer deutscher Nationalstaat.

Zweifel, ob in Deutschland beides zusammenpaßt, die Demokratie und ein Nationalstaat, sind drinnen und draußen zu vernehmen. Ist nicht, so fragen manche, die Bonner Republik deswegen zu einer so erfolgreichen Demokratie geworden, weil sie sich zunehmend als ein „postnationales“, an universalen Werten orientiertes, „verfassungspatriotisches“ Gemeinwesen verstand? Das vereinigte Deutschland kann sich in der Tat nicht mehr als „postnationaler“ Staat definieren. Aber es ist auch kein klassischer Nationalstaat mehr, sondern ein von vornherein in supranationale Gemeinschaften integrierter, mithin postklassischer Nationalstaat. Der Konflikt zwischen Demokratie und Nation, der Weimar belastet hat, braucht sich nicht zu wiederholen. Er *wird* sich nicht wiederholen, wenn die Erfahrungen der ersten Republik präsent bleiben und das ganze Deutschland sich aneignet, was Jürgen Habermas 1986, im Zuge des „Historikerstreits“, als *die* große intellektuelle Errungenschaft der Nachkriegszeit bezeichnet hat: die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens“.

Die Weimarer Demokratie in den Gang der Geschichte des deutschen Nationalstaates einzuordnen: darum geht es im folgenden. Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik waren eine dramatische Zeit. Der Historiker sollte nicht versuchen, sie zu entdramatisieren. Er sollte sich auch nicht der Erkenntnis verweigern, daß es in der Geschichte tragische Situationen geben *kann*: Situationen, in denen Akteure besten Willens, überzeugte Verteidiger von Demokratie und Rechtsstaat beispielsweise, nicht mehr die Wahl zwischen „richtigen“ und „falschen“ Entscheidungen haben, sondern nur noch zwischen dem, was ihnen als größeres oder kleineres Übel erscheint. Die Folgen können fatal sein, aber es ist kein Fatalismus, dies auszusprechen. Wer historische Situationen auf ihre Offenheit hin befragt, darf redlicherweise nicht ausschließen, daß sie sich im konkreten Fall als weniger offen erweisen, als der rückblickende Betrachter sich das wünscht.

Manchem Leser mag altmodisch erscheinen, daß in diesem Buch mehr von Ereignissen als von Strukturen die Rede ist und daß erzählt wird. Aber bis zu einem gewissen Grad lassen sich Strukturen in Ereignissen sichtbar machen, und Erzählung kann auch Analyse sein. Beides setzt freilich voraus, daß die Darstellung sich von einer Frage leiten läßt. Auf die Frage, warum es zu 1933 kommen konnte, gibt es den Versuch einer Antwort erst am Ende des Buches. Ob dieser Versuch überzeugt oder nicht: darüber entscheiden die Leserinnen und Leser.

Das zwiespältige Erbe

Im März 1921, knapp zweieinhalb Jahre nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches, schloß der sozialdemokratische Theoretiker Eduard Bernstein sein Buch „Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk“ ab. Es war ein Versuch des damals Einundsiebzighjährigen, sich und den Zeitgenossen klar zu machen, warum die Staatsumwälzung in Deutschland ganz anders, nämlich viel weniger radikal abgelaufen war als alle großen Revolutionen der Geschichte. Bernstein sah für den gemäßigten Charakter der deutschen Revolution vor allem zwei Gründe. Der erste war der Grad der gesellschaftlichen Entwicklung. Je weniger ausgebildet Gesellschaften seien, lautete Bernsteins These, desto leichter verträgen sie Maßnahmen, die auf ihre radikale Umbildung abzielten. „Je vielseitiger aber ihre innere Gliederung, je ausgebildeter die Arbeitsteilung und das Zusammenarbeiten ihrer Organe bereits sind, umso größer die Gefahr schwerer Schädigung ihrer Lebensmöglichkeiten, wenn versucht wird, sie mit Anwendung von Gewaltmitteln in kurzer Zeit in bezug auf Form und Inhalt radikal umzubilden. Gleichviel ob sie sich darüber theoretisch Rechenschaft ablegten oder nicht, haben die maßgebenden Führer der Sozialdemokratie dies aus Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse begriffen und ihre Praxis in der Revolution danach eingerichtet.“

Der zweite Grund der Mäßigung war Bernstein zufolge der in Deutschland erreichte Grad an Demokratie: „So rückständig Deutschland durch den Fortbestand halbfeudaler Einrichtungen und die Machtstellung des Militärs in wichtigen Fragen seines politischen Lebens auch war, so war es doch als Verwaltungsstaat auf einer Stufe der Entwicklung angelangt, bei der schon die einfache Demokratisierung der vorhandenen Einrichtungen einen großen Schritt zum Sozialismus hin bedeutete. In Ansätzen hatte sich das schon vor der Revolution angezeigt. Das Stück Demokratie, das in Reich, Staaten und Gemeinden zur Verwirklichung gelangt war, hatte sich unter dem Einfluß der in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörper eingedrungenen Arbeitervertreter als ein wirkungsvoller Hebel zur Förderung von Gesetzen und Maßnahmen erwiesen, die auf der Linie des Sozialismus liegen, so daß selbst das kaiserliche Deutschland auf diesen Gebieten mit politisch vorgeschritteneren Ländern sich messen konnte.“¹

Für eine radikale Umwälzung war Deutschland mithin, so läßt sich Bernsteins These knapp zusammenfassen, zum einen zu industrialisiert und zum anderen zu demokratisch. Wenden wir uns zunächst dem ersten Glied dieses Doppelarguments zu. Alle „klassischen“ Revolutionen des Westens, die englische des 17. Jahrhunderts, die amerikanische von 1776 und die französische

von 1789, hatten in der Tat *vor* dem Durchbruch der industriellen Produktionsweise, also in überwiegend agrarischen Gesellschaften stattgefunden, und von den großen Revolutionen des Ostens, der russischen wie der chinesischen, gilt dasselbe. In Agrargesellschaften kann sich die Mehrheit der Bevölkerung mit den lebenswichtigen Gütern eine Zeitlang selbst versorgen. Eine radikale Auswechslung des Staatsapparates ist in solchen Gesellschaften möglich, ohne daß ein wirtschaftliches und soziales Chaos ausbricht. Anders in komplexen, arbeitsteiligen Industriegesellschaften. Die Mehrheit ist hier von den Dienstleistungen des Staates und der Kommunen so existentiell abhängig, daß ein Zusammenbruch des öffentlichen Dienstes das Leben der Gesellschaft insgesamt lähmen muß. Die Folge ist das, was ein neuerer Autor, Richard Löwenthal, treffend den revolutionsfeindlichen „Anti-Chaos-Reflex“ industrieller Gesellschaften genannt hat.²

Man mußte kein Anhänger der Mehrheitssozialdemokraten um Friedrich Ebert sein, um bereits Ende 1918 zu ganz ähnlichen Einschätzungen zu gelangen wie der notorische Marxkritiker Eduard Bernstein, der sich aus Opposition gegen die Bewilligung der Kriegskredite 1917 von der SPD trennt und vorübergehend der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der USPD, angeschlossen hatte. So schrieb beispielsweise der „Volksfreund“, das Organ der braunschweigischen USPD, am 23. November 1918: „Das Wirtschaftsleben bedeutet eine Organisation, wie etwa eine Maschine. Alle Teile stehen in einem inneren Zusammenhang untereinander... Der Organismus eines zivilisierten Volkes ist ungeheuer kompliziert. Stockungen irgendwelcher Art kann er nicht verkraften, ohne nach kurzer Zeit zusammenzubrechen.“³

Im gleichen Sinne äußerte sich 1920 Heinrich Ströbel, ein führender Repräsentant des rechten Flügels der Unabhängigen Sozialdemokraten. „Die Rätediktatur und die sofortige Vollsozialisierung waren in Deutschland völlig ausgeschlossen, und es war eine verhängnisvolle Verkennung der ökonomischen und politischen Möglichkeiten, daß die äußerste proletarische Linke sich einbildete, das russische Vorbild ohne weiteres in Deutschland nachahmen zu können. Das Agrarland Rußland, in dem nur ein Zehntel des Volkes von der Industrie lebt, vermochte auch eine zeitweilige Lähmung und Zerrüttung seiner industriellen Produktion zu ertragen, ohne daß es zur Katastrophe kam. Die beschäftigungslosen Arbeiter fanden auf dem platten Lande oder aber in der Roten Armee Unterschlupf. In Deutschland aber leben zwei Drittel des Volkes von der Industrie und dem Handel – und wovon hätten sie existieren, wo hätten diese mehr als 40 Millionen bleiben sollen, wenn eine übereilte planlose Sozialisierung der Produktion die ganze industrielle Maschinerie ins Stocken gebracht hätte?“⁴

Daß Deutschland zu den hochindustrialisierten Ländern gehörte, setzte also aus der Sicht kritischer Zeitgenossen einer Revolution von vornherein Grenzen. Aber zugleich war die Industrialisierung eine Voraussetzung der Revolution, die 1918/19 stattfand. Es war der Widerspruch zwischen der

fortgeschrittenen gesellschaftlichen Verfassung und dem rückständigen politischen System, der das Kaiserreich prägte und schon lange vor 1914 in eine Dauerkrise gestürzt hatte. Ohne diesen Widerspruch wäre es zum Versuch einer revolutionären Krisenlösung gar nicht erst gekommen.

Der Grundwiderspruch des Kaiserreichs war die Logik seiner Gründung. 1848/49 war der Versuch der Liberalen und Demokraten gescheitert, gleichzeitig die Einheit und Freiheit Deutschlands zu verwirklichen. Die „Revolution von oben“, die Bismarck zwischen 1866 und 1871 durchführte, war eine Antwort auf den Fehlschlag der Revolution von unten. Die Reichsgründung brachte den Deutschen die ersehnte Einheit. Aber die Freiheit im Sinne eines parlamentarischen Systems und damit der politischen Vorherrschaft des liberalen Bürgertums konnte und wollte Bismarck den Deutschen nicht gewähren. Er erfüllte nach dem Sieg über Österreich im Jahre 1866 jene liberalen Forderungen, die mit den Interessen der altpreußischen Führungsschicht – Dynastie, Adel, Armee und hohes Beamtentum – vereinbar waren. Das liberale Bürgertum konnte sich in Kultur und Wirtschaft frei entfalten und der Gesetzgebung weitgehend seinen Stempel aufdrücken. Das Zentrum der staatlichen Macht jedoch, die eigentliche Regierungsgewalt, blieb ihm im Bismarckreich versperrt.

Die zivile Regierungsgewalt des zweiten Deutschen Kaiserreiches war durch die Verfassung gebunden: Anordnungen des Monarchen bedurften der ministeriellen Gegenzeichnung. Die militärische Kommandogewalt des preußischen Königs aber, der zugleich Deutscher Kaiser war, blieb vom konstitutionellen Erfordernis der ministeriellen Gegenzeichnung frei, und auf diese Weise ragte ein Stück Absolutismus in die Verfassungswirklichkeit des Kaiserreichs hinein. Beides, das Fehlen der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und die vorkonstitutionelle Sonderrolle des Königs als Obersten Kriegsherrn, machte das Kaiserreich zum Obrigkeitsstaat – zu einem Staat, der sich qualitativ von den parlamentarisch regierten Ländern Nord- und Westeuropas unterschied.

Doch im Begriff „Obrigkeitsstaat“ geht das politische System des kaiserlichen Deutschland nicht auf. Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Männer, das Bismarck 1867 im Norddeutschen Bund und 1871 im Deutschen Reich einführte, machte Deutschland in einer bestimmten Hinsicht sogar demokratischer als das Mutterland des Parlamentarismus, England. Die Massen hatten, was das Stimmrecht anging, in Bismarcks Reich ein höheres Maß an politischer Teilhabe erreicht als in irgendeiner der parlamentarischen Monarchien.

Es war diese Teildemokratisierung des Kaiserreichs – allgemeines gleiches Männerwahlrecht ohne parlamentarisches Regierungssystem –, die das zweite Glied in Bernsteins These bildete. Weil es in Deutschland einen verbrieften Anspruch auf politische Teilhabe gab, konnte es 1918 nur um eine Erweiterung dieses Rechts gehen, nicht aber um eine Beschränkung. Der Ruf nach einer „Diktatur des Proletariats“ mochte in einem Polizeistaat wie

dem russischen Zarenreich auf fruchtbaren Boden fallen. In einem Land, das seit einem halben Jahrhundert einen aus allgemeinen gleichen Wahlen hervorgegangenen Reichstag kannte, ließ sich allenfalls eine Minderheit der Arbeiterschaft für diese Parole gewinnen.

Erweiterung der politischen Teilhaberechte hieß nach Meinung der maßgeblichen Sozialdemokraten Ersetzung des preußischen Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine gleiche Wahlrecht, Frauenstimmrecht und Parlamentarisierung des Reiches. Schon 1893 hatte Karl Kautsky, wenig später Bernsteins orthodoxer Widersacher im Streit um eine Revision des Marxismus, in der Einführung eines parlamentarischen Systems englischen Musters den einzigen Grund gesehen, der unter Umständen eine Revolution in Deutschland rechtfertigen konnte. Für den führenden Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie war es die historische Aufgabe des Proletariats, das nachzuholen, was die deutsche Bourgeoisie in ihrer Feigheit versäumt habe, nämlich ein wirkliches parlamentarisches Regime zu schaffen. Auf den Begriff „Diktatur des Proletariats“ wollte der Marxist Kautsky gleichwohl nicht verzichten. „Für die Diktatur des Proletariats kann ich mir aber eine andere Form nicht denken als die eines kraftvollen Parlaments nach englischem Muster mit einer sozialdemokratischen Mehrheit und einem starken und bewußten Proletariat hinter sich. Der Kampf um einen wirklichen Parlamentarismus wird meines Erachtens zum Entscheidungskampf der sozialen Revolution werden, denn ein parlamentarisches Regime bedeutet in Deutschland den Sieg des Proletariats, aber auch umgekehrt.“⁵

Ähnlich wie die Sozialdemokraten erstrebten auch die Linkliberalen, die sich 1910 in der Fortschrittlichen Volkspartei zusammengeschlossen hatten, eine Parlamentarisierung des Kaiserreiches. Aber obwohl die SPD im 1912 gewählten letzten kaiserlichen Reichstag die stärkste Fraktion stellte, gab es noch nicht einmal eine einfache Mehrheit für den Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise, von der notwendigen verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit ganz zu schweigen. Die beiden konservativen Parteien waren strikte Gegner einer Machtverlagerung zugunsten des Reichstags; die Nationalliberalen wollten die bestehende Gewaltenteilung zumindest nicht grundsätzlich in Frage stellen, und das katholische Zentrum war im konstitutionellen System in eine Schlüsselposition hineingewachsen, die es im Falle einer formellen Parlamentarisierung zu verlieren fürchtete. Von einer unaufhaltsamen Parlamentarisierung des Deutschen Reiches vor 1914 konnte also keine Rede sein. Wohl hatte sich das politische Gewicht des Reichstags seit der Bismarckzeit vergrößert. Aber für die Umwandlung der konstitutionellen in eine parlamentarische Monarchie fehlte die wichtigste Voraussetzung: eine parlamentarische Mehrheit, die das wirklich wollte.

In gewisser Weise stand selbst bei den Sozialdemokraten das Bekenntnis zur Parlamentarisierung nur auf dem Papier. Solange sie nicht über die absolute Mehrheit der Reichstagssitze verfügten, und davon waren sie auch nach dem großen Wahlerfolg von 1912 noch weit entfernt, hätten sie nur zusam-

men mit den Parteien der bürgerlichen Mitte, der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum, die Basis einer parlamentarischen Mehrheitsregierung bilden können. Eine Koalition mit bürgerlichen Parteien aber widersprach dem Bekenntnis zum proletarischen Klassenkampf, einem zentralen Bestandteil der offiziellen Parteidoktrin. Hätte sich die Parteiführung oder die Reichstagsfraktion über diese Maxime hinweggesetzt, wäre die Sozialdemokratie daran zerbrochen.

Das Verfassungssystem des Kaiserreichs spiegelte sich in seinem Parteiensystem wider. Weil die Parteien von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen waren, standen sie auch nicht unter dem Zwang, Kompromisse miteinander zu schließen. Sie konnten sich damit begnügen, die Interessen ihres „Milieus“ parlamentarisch zu vertreten und weltanschaulich zu überhöhen. Durch ebendiese Ausrichtung verfestigten die Parteien die Segmentierung der deutschen Gesellschaft – ihre Aufspaltung in ein sozialdemokratisches, ein katholisches und diverse bürgerliche, mittelständische und ländliche Milieus, die sich mehr oder minder fest gegeneinander abschotteten.

Die Milieugrenzen deckten sich nicht mit den Klassengrenzen. Das sozialdemokratische Milieu war überwiegend proletarisch, aber längst nicht alle Arbeiter waren Sozialdemokraten. Das katholische Milieu war ein sozialer Mikrokosmos für sich, in dem Angehörige aller sozialen Schichten ihren Platz fanden. Beide Milieus waren nicht zuletzt deshalb besonders festgefügt, weil Sozialdemokraten und Katholiken unter Bismarck als „Reichsfeinde“ verfolgt worden waren und viele Diskriminierungen, bei den Sozialdemokraten sehr viel stärker als bei den Katholiken, bis zum Ende des Kaiserreichs fortbestanden. In der Abgrenzung von der Sozialdemokratie war sich die bürgerliche Gesellschaft weithin einig; man könnte zugespitzt sagen, daß sich das Bürgertum erst durch diesen Gegensatz als „Klasse“ bewies. Aber daneben gab es andere und ältere Trennlinien, die in der wilhelminischen Gesellschaft wirksam blieben: die Gegensätze zwischen den Konfessionen, zwischen Stadt und Land, zwischen den „Gebildeten“ und den „einfachen Leuten“, zwischen den satisfaktionsfähigen Kreisen und dem Rest des Volkes. Die deutsche Gesellschaft vor 1914 war eine Klassengesellschaft, und sie war eine Gesellschaft des kulturellen Partikularismus.⁶

Den inneren Zusammenhalt dieser zerklüfteten Gesellschaft sollte das Bekenntnis zur Nation stiften. Bis in die Reichsgründungszeit war die nationale Parole ein Kampfruf der Liberalen und Demokraten gewesen. Für die deutsche Einheit eintreten, das hieß aus der Sicht des liberalen Bürgertums, aber auch der jungen Arbeiterbewegung, für Freiheit und Fortschritt, gegen die vielen Dynastien und ihren adligen Anhang sein. Nach der Gründung des Kaiserreichs begann der freiheitliche Glanz der nationalen Parole rasch zu verblassen. Zuerst diente sie, während des „Kulturkampfes“, der Ausgrenzung der Katholiken, dann, unter dem Sozialistengesetz von 1878, dem Kampf gegen die Sozialdemokraten, schließlich, im Zeichen des Übergangs zu Schutzzöllen für Eisen und Getreide im Jahre 1879, der Niederringung

der liberalen Freihandelslehre. National sein hieß fortan in erster Linie anti-international sein. Binnen weniger Jahre hatte sich der Begriff „national“ von einer liberalen und demokratischen in eine eher „rechte“, konservative Parole verwandelt.

Die liberalen Nationalisten suchten die Zweckentfremdung „ihrer“ Parole dadurch zu hintertreiben, daß sie ganz auf die Karte einer deutschen Weltpolitik setzten. Eine Weltmacht Deutschland würde, so ihr Kalkül, nicht umhin können, sich im Innern zu modernisieren – was auf eine Schwächung des preußischen Junkertums und eine Stärkung des deutschen Bürgertums hinauslaufen mußte. Bei den Katholiken kam die Neigung zu einer anderen Spielart von kompensatorischem Nationalismus auf: Weil sie nicht als Deutsche zweiter Klasse betrachtet werden wollten, bemühten sich viele, besonders gute Patrioten zu sein. Nur die Sozialdemokraten schien es nicht anzufechten, wenn man sie „vaterlandslose Gesellen“ nannte. Sie hielten an ihrem Bekenntnis zur internationalen Solidarität des Proletariats mit derselben Entschiedenheit fest wie an der Lehre vom Klassenkampf.⁷

Das galt bis zum 4. August 1914. An diesem Tag stimmten die Sozialdemokraten wie alle anderen Fraktionen des Reichstags den von der Reichsleitung verlangten Kriegskrediten zu. Es war nicht so, daß die Abgeordneten der SPD, anders als noch in den letzten Tagen vor dem Ausbruch des Krieges, nun plötzlich von der Friedfertigkeit des Deutschen Reiches überzeugt gewesen wären. Vielmehr stand auch für engagierte Befürworter der Kreditbewilligung außer Frage, daß Deutschland nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo Österreich-Ungarn in den Krieg mit Serbien gedrängt und dadurch den europäischen Krieg ausgelöst hatte. Aber nachdem dieser Krieg zur Tatsache geworden war, sah die Sozialdemokratie keine Alternative mehr zum innerstaatlichen „Burgfrieden“ und zur Unterstützung der militärischen Anstrengungen des Reiches. Daß Rußland zu den Gegnern Deutschlands gehörte, erleichterte den Sozialdemokraten die Entscheidung, war doch das Zarenreich seit der Revolution von 1848/49 für Marx, Engels und die gesamte Linke stets die eigentliche Vormacht der europäischen Reaktion gewesen. Zum Haß auf Rußland kam die Hoffnung auf innere Reformen in Deutschland. Die nationale Solidarität sollte, so erwartete es zumindest die Parteiführung, die Hindernisse aus dem Weg räumen, die der sozialen und politischen Gleichberechtigung der Arbeiter nach wie vor entgegenstanden.⁸

Die Entscheidung vom 4. August 1914 machte aber auch schlagartig sichtbar, in welchem Maß die sozialdemokratische Arbeiterschaft bereits in die bestehende Gesellschaft hineingewachsen war. Das Bekenntnis zur internationalen Solidarität des Proletariats war eines, das Gefühl der Verbundenheit mit dem eigenen Volk ein anderes. Steigende Löhne, soziale Verbesserungen, politische Mitwirkungsrechte: das alles wog nicht weniger stark als die Diskriminierungen, denen Sozialdemokraten noch immer ausgesetzt waren. Die deutschen Arbeiter hatten um 1914 sehr viel mehr zu verlieren als nur

ihre Ketten, und entsprechend groß war bei den meisten von ihnen die Bereitschaft, ihren Beitrag zum Sieg des Vaterlandes zu leisten.

Es gab freilich auch 1914 Sozialdemokraten, die sich der neuen patriotischen Parteilinie widersetzen. Die meisten Dissidenten hatten schon vor dem Krieg auf dem linken oder, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, auf dem äußersten linken Flügel der Partei gestanden. Aber auch Männer des „marxistischen Zentrums“ wie Hugo Haase, zusammen mit Friedrich Ebert Vorsitzender der SPD, und Karl Kautsky, ja selbst der „rechte“ Eduard Bernstein gehörten zu den frühen Kritikern des offiziellen Kurses. Von der deutschen Kriegsschuld überzeugt, stimmte als erster sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter am 2. Dezember 1914 Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite. Im Dezember 1915 folgten weitere 19 Parlamentarier diesem Beispiel. Nach einem neuerlichen „Disziplinbruch“, den die Mehrheit mit dem Ausschluß aus der Fraktion beantwortete, konstituierte sich die Opposition als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“. Es war die Keimzelle der im April 1917 gegründeten USPD.

Die Gegner der Kriegskreditbewilligung konnten sich auf Positionen berufen, die in der Zweiten Internationale bis 1914 unumstritten gewesen waren; sie hatten gute Gründe, in der These vom „Verteidigungskrieg“ eine Täuschung der Öffentlichkeit zu sehen und ihrerseits von einem imperialistischen Krieg zu sprechen. Die Mehrheitspartei bot vielfachen Anlaß, ihr eine Abkehr von den Bekenntnissen der Vorkriegszeit, ja ein Abdriften in die Bahnen des bürgerlichen Nationalismus vorzuhalten. Und doch war es verfehlt, die Abstimmung vom 4. August 1914 als „Verrat“ zu brandmarken. Die patriotische Stimmung hatte große Teile der Anhängermassen und der gewählten Vertreter der SPD erfaßt. Noch vor der Reichstagsfraktion hatte die Generalkommission der Freien Gewerkschaften sich zur Zusammenarbeit mit der Regierung bekannt. Lehnte die SPD die Kriegskredite ab, mußte sie nicht nur mit einer Parteispaltung, mit massiver staatlicher Repression und Ächtung durch die öffentliche Meinung rechnen. Die Sozialdemokraten hätten objektiv auf der Seite der Kriegsgegner Deutschlands gestanden und damit die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschworen. Es war der Instinkt der Selbsterhaltung, der die SPD vor diesem Abgrund zurückscheuen ließ.⁹

Je länger der Krieg dauerte, desto deutlicher wurde, daß es sich nicht bloß um einen deutschen Verteidigungskampf handelte. Die Alldeutschen und die Schwerindustrie wollten immer größere Teile Europas und Afrikas erobern, und was von diesen Kriegszielen in die offizielle Politik einging, hätte genügt, um Deutschland die Vorherrschaft über den Kontinent zu sichern. Erst als der Glaube an einen deutschen Sieg zu schwinden begann, versuchten gemäßigte Kräfte, eine innere Front gegen die Verfechter einer schrankenlosen Eroberungspolitik aufzubauen. In der bürgerlichen Mitte war es vor allem der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger, in den ersten Kriegsjahren selbst ein überzeugter Annexionist, der sich um eine parlamentarische Mehrheit für einen Verständigungsfrieden bemühte. Im Juli 1917 einigten

sich Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei auf eine Entschließung, die einen Frieden ohne „erzwungene Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen“ forderte. Diese „Friedensresolution“ markierte den Beginn einer engen Zusammenarbeit der drei Parteien, die im Reichstag über die Mehrheit der Sitze verfügten und darum weder von der zivilen Reichsleitung noch von der Obersten Heeresleitung, der „OHL“, als Machtfaktor ignoriert werden konnten.

Gegen die neue Reichstagsmehrheit machten sogleich die Anhänger eines „Siegfriedens“ mobil. Die 1917 gegründete „Deutsche Vaterlandspartei“, die sich zu einem ausufernden Eroberungsprogramm bekannte und einen starken Rückhalt bei den führenden Militärs besaß, wuchs binnen kurzem zu einer Massenbewegung an. Gleichzeitig radikalisierte sich die Stimmung in der kriegsmüden Arbeiterschaft. Zu den ersten Massenstreiks war es bereits im April 1917 gekommen. Sie waren ein Echo auf die russische „Februarrevolution“, die tatsächlich im März jenes Jahres stattgefunden hatte, und ein Protest gegen alles, was den Arbeitern seit langem zugemutet wurde: die materiellen Entbehrungen, die im Steckrübenwinter von 1916/17 extreme Formen angenommen hatten, die immer krasser in Erscheinung tretende Ungleichheit in der Verteilung der Kriegslasten, das Hinauszögern überfälliger Reformen wie der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts. Die „wilden“ Streiks vom Frühjahr 1917 waren überdies ein Alarmzeichen für die Gewerkschaften: Ihre Einbindung in die Kriegswirtschaft, durch das Vaterländische Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 in rechtsverbindliche Form gebracht, hatte sie in den Augen vieler Arbeiter als Interessenvertretung unglaubwürdig gemacht.¹⁰

Wie die Aprilstreiks von 1917 hatte auch der große Streik der Berliner Rüstungsarbeiter vom Januar 1918 etwas mit den Ereignissen in Rußland zu tun. Die Oktoberrevolution der friedenswilligen Bolschewiki hatte den beiden Mittelmächten, Deutschland und Österreich-Ungarn, die Chance eröffnet, den Krieg im Osten zu beenden. Als am 12. Januar bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, die auf Drängen der Bolschewiki öffentlich stattfanden, General Hoffmann mit einem Faustschlag auf den Tisch seine Feststellung unterstrich, Deutschland sei nun einmal der Sieger und diese Tatsache gelte es zu berücksichtigen, gab er damit ungewollt das Signal zu einem Massenausstand. In Berlin wurde die Bewegung von den Revolutionären Obleuten der Metallindustrie ausgelöst, die in der Regel Anhänger der USPD waren. Der Streik, an dem sich allein in der Reichshauptstadt Ende Januar eine halbe Million Arbeiter beteiligte, war zum einen ein Protest gegen den Krieg, den wachsenden Einfluß der Vaterlandspartei und die schlechte Ernährungslage, zum anderen ein Ausdruck der Sympathie mit den russischen Arbeitern und der Oktoberrevolution. In den Streikausschuß waren auch drei führende Mehrheitssozialdemokraten – Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun – delegiert worden. Ihre Absicht war es, den Ausstand so rasch wie möglich zu beenden. Am 3. Februar war dieses

Ziel erreicht: Nach Massenverhaftungen und Tausenden von Einberufungen zum Heeresdienst brachen die Revolutionären Obleute die aussichtslose Aktion ab.¹¹

Der Januarstreik machte deutlich, daß der Rückhalt für die Politik des „Burgfriedens“ bei den Arbeitern weiter geschrumpft war. Reichskanzler Graf Hertling, ein konservativer Zentrums Politiker, trug das Seine zu der zunehmenden Polarisierung bei: Er ließ Behauptungen der Vaterlandspartei unwidersprochen, daß er mit den Zielen dieser Gruppierung einverstanden sei. Tatsächlich war die Politik, die die Regierung nach dem Diktatfrieden von Brest-Litowsk im Osten verfolgte, ganz im Sinne der nationalistischen Rechten. Hertlings Nähe zu den Positionen der radikalen Annexionisten mußte aber auch die SPD ins Zwielicht rücken, die mit der Partei des Kanzlers parlamentarisch eng zusammenarbeitete. Den Nutzen hatte die USPD: Ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter wuchs.¹²

Was die Beurteilung der russischen Ereignisse anging, lagen die beiden Arbeiterparteien indes nicht weit auseinander. Die Mehrheitssozialdemokraten hatten die Machtergreifung der Bolschewiki im November 1917 zunächst begrüßt, weil sie den Frieden näherzubringen versprach. Aber seitdem die Anhänger Lenins am 19. Januar 1918 die freigewählte Konstituante auseinandergelassen hatten, stand das Urteil der SPD fest: Was die Bolschewiki betrieben, war nicht Sozialismus oder Demokratie, sondern Putschismus und Anarchie. Die Politik der Leninisten mußte in jenen blutigen Bürgerkrieg führen, der Rußland seit dem Frühjahr 1918 heimsuchte. Deutschland ein solches Schicksal zu ersparen, erschien den Mehrheitssozialdemokraten fortan als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben.

Auf dem rechten Flügel der Unabhängigen Sozialdemokraten war das Urteil über die Politik der Bolschewiki nicht weniger kritisch als bei der Mehrheitspartei. Eine Diktatur des Proletariats könne nur als Herrschaft der Volksmehrheit über eine Minderheit ersprißlich werden, lautete Kautskys Verdikt. Der Marxismus habe den Weg zur Versöhnung der Diktatur des Proletariats mit der Demokratie gezeigt. Die Diktatur einer Minderheit aber wirke reaktionär und bahne die Gegenrevolution an. Selbst in der Spartakusgruppe, die den äußersten linken Flügel der USPD bildete, waren die Meinungen über das Vorgehen der Bolschewiki geteilt. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die während des Umsturzes in Rußland Haftstrafen verbüßten, hielten sich in ihren ersten Äußerungen nach der Oktoberrevolution zurück. Die Auflösung der Konstituante nahm Rosa Luxemburg zum Anlaß, Lenin und Trotzki vorzuwerfen, sie verschütteten durch die Beseitigung der Demokratie den lebendigen Quell der Revolution. Zwei andere Mitbegründer des Spartakusbundes, Clara Zetkin und Franz Mehring, schlugen sich dagegen auf die Seite Lenins, ebenso die außerhalb der USPD stehenden Hamburger und Bremer „Linksradikalen“. Für sie war der Gewaltakt vom 19. Januar 1918 geradezu ein willkommener Beitrag zur Zerstörung demokratischer Illusionen im deutschen Proletariat.¹³

In der Arbeiterschaft äußerte sich 1917/18 der Überdruß am Krieg am kräftigsten, aber eine allgemeine Unzufriedenheit hatte längst schon weitere Teile der deutschen Gesellschaft erfaßt. Bereits im August 1917 behauptete der bayerische Minister Ritter von Brettreich, der Mittelstand zeige „zur Zeit eine schlechtere Stimmung wie (!) alle anderen Kreise“. Bei den Behörden häuften sich Klagen über die Benachteiligung des Handwerks bei der Rohstofflieferung und den allgemeinen Rückgang an Aufträgen und Absatz. Dazu kamen Beschwerden über Kreditnot, Mietrückstände, Personalmangel, Höchstpreisregelungen und Strafbestimmungen gegen Preistreiberei. Im Sommer 1918 politisierte sich die Mißstimmung. Der Religionsphilosoph Ernst Troeltsch beobachtete im August selbst bei „patriotischen“ und „kriegsgläubigen“ Bauern und Käsefabrikanten des Allgäu einen „geradezu fanatischen Haß, der hier ganz allgemein gegen das Offizierskorps als den Inbegriff aller Ungerechtigkeit und Bevorzugung losbrach“. Und am 23. September 1918 berichtete der badische Reichstagsabgeordnete Oscar Geck auf einer gemeinsamen Sitzung von Fraktion und Parteiausschuß der SPD, in Süddeutschland gebe es eine „ungeheure Erbitterung gegen Preußen, nicht gegen das preußische Volk, sondern gegen die Junker und die Militärkaste. Es herrscht bei uns die Stimmung: Preußen muß kaputt gehen, und wenn Preußen nicht kaputt geht, geht Deutschland an Preußen kaputt.“¹⁴

In der gleichen Sitzung vom 23. September, in der der Abgeordnete Geck die Stimmungslage südlich des Mains schilderte, zog Friedrich Ebert, der Vorsitzende der Mehrheitsozialdemokraten, praktische Schlußfolgerungen aus dem Autoritätsverfall der alten Gewalten. Er stellte seine Parteifreunde vor eine klare Alternative: „Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt. Wir müssen uns im Gegenteil in die Bresche werfen, wir müssen sehen, ob wir genug Einfluß bekommen, unsere Forderungen durchzusetzen und, wenn es möglich ist, sie mit der Rettung des Landes zu verbinden, dann ist es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das zu tun.“

Für Ebert war die Frage „Mehrheitsregierung oder Revolution?“ mithin nur noch eine rhetorische. Das russische Beispiel hatte aus seiner Sicht der Option „Revolution“ vollends den Boden entzogen. Wer jetzt noch eine Revolution begann, mußte damit rechnen, daß sie denselben Verlauf nahm wie in Rußland, also in Gewaltherrschaft, Bürgerkrieg und Chaos mündete. Wer das nicht wollte, mußte auf eine Politik friedlicher Reformen setzen. Diese ließen sich in Deutschland nur durch eine Regierung der Mehrheitsparteien oder, marxistisch gesprochen, einen Klassenkompromiß mit den gemäßigten Teilen des Bürgertums verwirklichen. Vor dem Krieg hätte die Sozialdemokratie eine solche Taktik als unmarxistisch verworfen. Auf dem

Hintergrund der Politik aber, die die Partei seit 1914 und vor allem seit 1917 verfolgte, erschien der Übergang zum offenen Regierungsbündnis mit der bürgerlichen Mitte fast schon als logische Konsequenz längst getroffener Entscheidungen. Parteiausschuß und Reichstagsfraktion ließen sich denn auch von der Linie des Parteivorstands überzeugen und billigten sie mit deutlichen Mehrheiten.¹⁵

Wie die SPD sahen auch die Mittelparteien in einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten die einzige Chance, einer revolutionären Zuspitzung der inneren Krise vorzubeugen, und zugleich eine notwendige Voraussetzung, um zu einem erträglichen Frieden zu gelangen. Doch in die Regierung des Grafen Hertling wollte die SPD unter keinen Umständen eintreten; statt dessen verlangte sie Verfassungsänderungen mit dem Ziel der Parlamentarisierung. Mit dieser Forderung war wohl die Fortschrittliche Volkspartei, nicht aber das Zentrum einverstanden. Erst als der aus den drei Parteien gebildete Interfraktionelle Ausschuß über diesen Streit in eine ernste Krise zu geraten drohte, gab Hertlings Zentrumspartei zu erkennen, daß sie notfalls bereit war, von dem umstrittenen Reichskanzler abzurücken. Hertling, nunmehr parlamentarisch isoliert, zog die Konsequenzen und reichte seinen Rücktritt ein, den der Kaiser am 30. September annahm.¹⁶

Der anschließende Übergang zur ersten parlamentarischen Regierung in Deutschland war freilich nicht das alleinige Werk der Mehrheitsparteien. Ausschlaggebend war vielmehr, daß Ende September 1918 auch der Erste Generalquartiermeister Erich Ludendorff, seit 1916 zusammen mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, Chef der Obersten Heeresleitung, eine Parlamentarisierung für erforderlich hielt. Die militärische Situation der Mittelmächte war mittlerweile hoffnungslos: Seit dem 8. August 1918, dem „schwarzen Tag“ von Amiens, wußte auch Ludendorff, daß die feindliche Übermacht nicht mehr zu schlagen war; am 14. September bot Österreich-Ungarn den Westmächten auf eigene Faust Friedensverhandlungen an; am 29. September nahm ein anderer Verbündeter, Bulgarien, die Waffenstillstandsbedingungen der Entente an. Am gleichen Tag überzeugte Ludendorff Wilhelm II., daß Deutschland so rasch wie möglich ein Waffenstillstands- und Friedensangebot an den amerikanischen Präsidenten Wilson richten müsse. Die Verantwortung hierfür sollte jedoch nicht die Oberste Heeresleitung, sondern eine von den Mehrheitsparteien des Reichstags getragene Regierung übernehmen.

Sein Eintreten für die Parlamentarisierung verband Ludendorff mit einer Dolchstoßlegende: „Ich habe S. M. (=Seine Majestät) gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir soweit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muß. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.“¹⁷

Hertlings Nachfolger, Prinz Max von Baden, war bisher weder als Anhänger des parlamentarischen Systems noch als Befürworter der Friedensresolu-

tion vom Juli 1917 hervorgetreten. Er war von Politikern der Fortschrittlichen Volkspartei als Reichskanzler ins Gespräch gebracht worden und fand schließlich, da keiner der zunächst in Aussicht genommenen Parlamentarier das Amt antreten wollte, die widerwillige Zustimmung des Interfraktionellen Ausschusses. Den Sozialdemokraten fiel die Hinnahme dieser Lösung besonders schwer. Der Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann, der sich am 23. September noch nachdrücklich für eine Mehrheitsregierung mit Beteiligung der SPD ausgesprochen hatte, meinte am 2. Oktober, es könne den Sozialdemokraten nicht zugemutet werden, daß ein Prinz an der Spitze des Kabinetts stehe, und es sei unangebracht, im Augenblick der schlimmsten Verhältnisse eine Verantwortung zu übernehmen, die die Partei wohl kaum zu tragen in der Lage sei. Es war Friedrich Ebert, der mit einem Appell an das Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie die große Mehrheit der Fraktion schließlich dazu brachte, dem Eintritt in das Kabinett des Prinzen Max zuzustimmen.¹⁸

Eine andere Entscheidung war zu diesem Zeitpunkt auch schwer denkbar. Durch ihre Regierungsbeteiligung konnte die SPD hoffen, die doppelte Gefahr einer Militärdiktatur und einer dadurch ausgelösten Revolution zu vermeiden und den Weg zu einem Verständigungsfrieden zu ebnen. Der Entschluß der Sozialdemokraten lief auf den Versuch hinaus, das Nahziel des Friedens nicht nur unter den Vorzeichen des monarchischen Staates, sondern auch unter dem derzeit regierenden Staatsoberhaupt zu erreichen. Ob dieser Versuch gelingen würde, hing freilich von einer Reihe innen- und außenpolitischer Faktoren ab, auf die die SPD und ihre bürgerlichen Verbündeten keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß hatten.

Die erste Amtshandlung des am 3. Oktober gebildeten neuen Kabinetts war eine Note an Präsident Wilson, die unter dem massiven Druck der Obersten Heeresleitung noch in der Nacht zum 4. Oktober abgesandt wurde. Darin bat Deutschland um Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Der amerikanische Präsident hatte sich durch seine „Vierzehn Punkte“ vom Januar 1918 als Anwalt eines gerechten Friedens zu erkennen gegeben. Auf seine wiederholten Erklärungen gründete sich die Hoffnung, ein parlamentarisch regiertes Deutschland werde günstigere Friedensbedingungen aushandeln können als der bisherige Obrigkeitsstaat. Wenn Kanzler und Kabinett dennoch zögerten, dem Drängen des Militärs nachzugeben, dann hatte das einen triftigen Grund: Die überstürzte Bitte um Waffenstillstand war ein Eingeständnis der unabwendbaren Niederlage, das die Moral des Feldheeres schwächen und die Entente ermutigen mußte, die Front noch weiter in Richtung Deutschland vorzuschieben.

Die endgültige Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 23. Oktober, Ergebnis langwieriger Beratungen mit den Alliierten, war geeignet, verbliebene Illusionen zu zerstören: Sie verlangte die militärische Kapitulation des Reiches und, in kaum verschlüsselter Form, die Abdankung des Kaisers. Die Oberste Heeresleitung vollzog nun eine neuerliche Kehrt-

wendung. Sie stellte sich ganz auf den militärischen Ehrenstandpunkt, erklärte die Forderung nach Kapitulation für unannehmbar und forderte das Feldheer am 24. Oktober in einem Rundtelegramm an die Truppenführer zum Weiterkämpfen auf – nach Lage der Dinge also zu einem Kampf bis zum Untergang.

Die Reichsleitung hatte gar keine andere Wahl, als diese gezielte Herausforderung massiv zu kontern. Am 25. Oktober forderte Prinz Max den Kaiser auf, entweder durch einen „Personenwechsel in der Obersten Heeresleitung das Ende der Doppelregierung“ herbeizuführen oder ihn, den Reichskanzler, zu entlassen. Wilhelm entschied sich für eine halbe Lösung. Am 26. Oktober mußte Ludendorff seinen Abschied nehmen; Hindenburg, der andere Chef der OHL, blieb hingegen im Amt. Am gleichen Tag verabschiedete der Reichstag jene Änderungen der Reichsverfassung von 1871, die notwendig waren, um Deutschland in eine parlamentarische Monarchie zu verwandeln. Am 28. Oktober trat das Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung in Kraft.

Doch das parlamentarische System stand auf tönernen Füßen. Ludendorffs Entlassung beendete nicht die Doppelherrschaft von ziviler Reichsleitung und militärischer Führung. Der Armeebefehl vom 24. Oktober war lediglich der Auftakt zu weiteren Versuchen, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und damit zugleich die parlamentarische Monarchie zum Scheitern zu bringen. Am 29. Oktober, einen Tag nachdem er das verfassungsändernde Gesetz unterzeichnet hatte, verließ Wilhelm II. auf Anraten Hindenburgs Berlin und begab sich ins Große Hauptquartier im belgischen Spa. „Über die Bedeutung dieses Schrittes kann es keinen Zweifel geben“, urteilt der Historiker Wolfgang Sauer. „Im ersten Augenblick mag es sich dabei nur um eine Instinktreaktion gehandelt haben, mit der die Hohenzollernsche Monarchie in der Stunde der Gefahr wieder zu ihren militärischen Ursprüngen zurückstrebte. Aber der Schritt bedeutete zugleich, daß die alten Gewalten nun das soeben mühsam geknüpft Band der Volksregierung zerrissen und sich auf den unbesonnenen Versuch eingelassen hatten, die alte Militärmonarchie wiederherzustellen.“

Noch massiver wurde die zivile Reichsleitung durch die Seekriegsleitung herausgefordert. Der Befehl zum Auslaufen der Hochseeflotte, der am 30. Oktober erging, hatte zwar die Zustimmung des Kaisers, nicht aber die des Reichskanzlers erhalten. Was immer eine, in jedem Fall verlustreiche Seeschlacht mit englischen Verbänden zu diesem Zeitpunkt militärisch noch bewirkt haben würde, die politische Zielsetzung des geplanten Flottenvorstoßes war eindeutig: Es ging der Seekriegsleitung darum, die Machtverschiebung im Innern rückgängig zu machen und dem Militär wieder zu jener beherrschenden Stellung zu verhelfen, auf die es einen historischen Anspruch zu haben meinte.

Man mag darüber streiten, ob die Parlamentarisierung Deutschlands im Oktober 1918 eine „Revolution von oben“ war. Da die Reichstagsmehrheit

zu dieser Wendung aktiv beigetragen hatte, geht es nicht an, in den Verfassungsänderungen lediglich den Vollzug einer Weisung Ludendorffs zu sehen. Aber ebenso sicher ist doch, daß der starke Mann des deutschen Militärs an dieser Entwicklung einen entscheidenden Anteil hatte. Insofern kann man in dem Systemwechsel ein in sich widersprüchliches Ergebnis von parlamentarischen Reformbestrebungen einerseits, einer von der OHL ausgelösten „Revolution von oben“ andererseits sehen. Die Versuche von Armeeführung und Seekriegsleitung, diese Entwicklung zu revidieren, setzten in dem Augenblick ein, als klar wurde, daß die Parlamentarisierung viel weiterreichende Folgen haben würde, als Ludendorff sie Ende September ins Auge gefaßt hatte. Die Aktivitäten zumindest von Teilen des Militärs liefen ab Ende Oktober auf nichts Geringeres als den Versuch einer Gegenrevolution hinaus. Mit dem Kaiser an der Spitze hofften die Frondeure, das Blatt in der Heimat noch einmal wenden zu können. Wenn der Krieg fürs erste auch nicht mehr zu gewinnen war, so vielleicht doch ein Bürgerkrieg, der als Kampf gegen die drohende Bolschewisierung Deutschlands geführt wurde.¹⁹

Gemäßigtere Militärs setzten darauf, daß Reichsleitung und Reichstagsmehrheit einen energischen Kampf gegen den Bolschewismus ebenfalls für unvermeidbar hielten und sich in diesem Anliegen mit der Obersten Heeresleitung treffen würden. In der Kabinettsitzung vom 5. November erklärte der württembergische General Wilhelm Groener, Ludendorffs Nachfolger in der OHL und von seinem Naturell her alles andere als ein Scharfmacher, es sei seine und Hindenburgs Gesamtauffassung: „Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.“ Niemand widersprach. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, der dem Kabinett als Staatssekretär ohne Portefeuille angehörte, versicherte sogar ausdrücklich, auch er wünsche, daß die Front gehalten werde und intakt bleibe, und der Bolschewismus erscheine ihm jetzt als die größere Gefahr als der äußere Feind.

Im Gegensatz zu Groener aber waren Scheidemann und mit ihm die Sozialdemokratie mittlerweile der Meinung, daß sich der Kampf gegen den Bolschewismus nur dann erfolgreich würde führen lassen, wenn der Kaiser abdankte. Wilhelm II. galt nicht nur in der Arbeiterschaft als das Haupthindernis des Friedensschlusses. Bereits am 31. Oktober konnte Scheidemann im engeren Kriegskabinett feststellen, eigentlich habe sich auch in Bürger- und Bauernkreisen kein Verteidiger für den Kaiser gefunden, und was ihn am meisten überrasche, sei die Stellungnahme des Beamtentums: „Ich hätte nie für möglich gehalten, daß diese Leute so glatt umfallen.“ Zwar verwies der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Adolf Groeber, in der gleichen Sitzung auf Resolutionen aus seiner Partei, die sich für Kaiser und Dynastie ausgesprochen hätten. Aber sein Parteifreund Karl Trimborn, seit Anfang Oktober Staatssekretär des Reichsamtes des Innern (und damit, da es „Reichsminister“ nicht gab, Leiter dieser Behörde), unterstützte Scheide-

mann mit der Bemerkung, die Strömung in der öffentlichen Meinung, die die Abdankung verlange, habe ungemein zugenommen.

Innerhalb der Reichstagsmehrheit waren es vor allem Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei, die unter dem Eindruck der amerikanischen Note vom 23. Oktober auf den Thronverzicht des Kaisers wie auch des politisch stark belasteten Kronprinzen drängten. In der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 5. November erklärte Ebert, nicht mehr das Kaisertum sei das einigende Band, sondern die Demokratie. Für einen freiwilligen Rücktritt sei es noch nicht zu spät; allerdings erfordere die Lage, daß man etwas nachhelfe. „Wenn man die Dinge laufen läßt, dann gehen wir dem Untergang entgegen.“ Der Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei, Otto Wiemer, wünschte ebenfalls die freiwillige Thronentsagung Wilhelms und seines ältesten Sohnes. Das entspreche der Stimmung vor allem in Süddeutschland. In Preußen allerdings könne auch eine starke Gegenbewegung einsetzen. „Das kommt um so eher, wenn militärische Kreise sich dahinterstellen. Das ist nicht ganz leicht zu nehmen. Das gibt den Bürgerkrieg. Das muß jetzt unter allen Umständen vermieden werden.“

Für die Sozialdemokraten war die Forderung nach der Abdankung Wilhelms II. und dem Thronverzicht des Kronprinzen ein Stück Realpolitik. Sie stellten damit einen sehr viel weiterreichenden Programmpunkt, die Errichtung der Republik, auf absehbare Zeit zurück. Der „Vorwärts“ begründete am 5. November den Vernunftmonarchismus der SPD mit einem nüchternen Ausblick in die überschaubare Zukunft. Die Sozialdemokratie sei, so schrieb das Zentralorgan, „eine grundsätzlich demokratische Partei, die aber – siehe Bebel – auf die bloße Form der repräsentativen Spitze bisher nie entscheidenden Wert gelegt hat. Die Aussicht, sich in einer jungen Republik vielleicht dreißig Jahre lang mit royalistischen Don Quichotes herumschlagen zu müssen und dadurch notwendige innere Entwicklungen gestört zu sehen, gehört ja auch nicht zu den angenehmsten.“ Und noch am 6. November versicherte Ebert dem Nachfolger Ludendorffs, zwar sei er ebenso wie Scheidemann ein überzeugter Republikaner, „aber die Frage: Monarchie oder Republik habe vorläufig für sie nur eine theoretische Bedeutung. In der Praxis würden auch sie sich mit der Monarchie mit parlamentarischem System abfinden. Er rate daher dem General Groener dringend, die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie zu ergreifen und die schleunige Beauftragung eines der kaiserlichen Prinzen mit der Regentschaft zu veranlassen.“²⁰

Während in Berlin noch über die Abdankung des Kaisers und die Rettung der Monarchie gestritten wurde, war die Revolution längst in vollem Gange. Seit dem 29. Oktober hatten sich auf den Hochseegeschwadern die Dienstverweigerungen gehäuft. Immer mehr Matrosen lehnten es ab, ihr Leben für eine Unternehmung aufs Spiel zu setzen, die nur als Anschlag auf die Friedensbemühungen der Reichstagsmehrheit verstanden werden konnte. In der Marine, die seit der Skageraksschlacht vom Mai 1916 kaum noch zum militä-

rischen Einsatz gekommen war, hatte es bereits im Sommer 1917 die ersten Meutereien gegeben. Das Zusammenleben auf engem Raum, die Eintönigkeit des Dienstes, der provozierende Gegensatz in den Lebensbedingungen von Mannschaften und Offizieren riefen ein Klima von Frustration und Aggressivität hervor. „Bei der Marine sei die Sache sehr schlimm, weil die Leute zum Teil 7 Jahre bereits in der Front (Fron?) seien und auf den Schiffen wie in einer Hölle lebten“, urteilte Scheidemann am 4. November im Kriegskabinet. Die Vorbereitungen zum Auslaufen der Hochseeflotte waren der Funke, der den angesammelten Zündstoff zur Explosion brachte.²¹

Am 1. November griff die Rebellion auf das Festland, nach Kiel, über. Der Versuch der Regierung des Prinzen Max, die Bewegung durch zwei Abgesandte, den Staatssekretär Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei und den Marinereferenten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Gustav Noske, einzudämmen, mißlang. Zwar konnte Noske, der sich am 7. November zum Gouverneur von Kiel wählen ließ, die Lage in der Ostseestadt einigermaßen stabilisieren. Aber eine Ausbreitung des Aufruhrs vermochte er nicht zu verhindern. Am 4. November war lediglich Kiel in den Händen der meuternden Matrosen gewesen. Zwei Tage später hatten sie bereits in fünf weiteren Städten – Lübeck, Brunsbüttel, Hamburg, Bremen und Cuxhaven – die Macht übernommen. Am 7. November schlossen sich in Braunschweig die örtlichen Regimenter einer größeren Zahl aus Kiel eingetroffener Matrosen an und brachten die Stadt unter ihre Kontrolle. Am gleichen Tag erreichten 200 Kieler Matrosen Köln, wo am 8. November ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet wurde, dem der betont kooperative Oberbürgermeister Konrad Adenauer sogleich Büroräume im Rathaus zur Verfügung stellte.

Zu diesem Zeitpunkt war schon der erste deutsche Thron gestürzt: der wittelsbachische. Bayern, wo der Haß auf Preußen und den preußischen Militarismus besonders groß war, vollzog als erster deutscher Staat den Übergang zur Republik. Am Nachmittag des 7. November zogen nach einer gemeinsamen Kundgebung beider sozialdemokratischer Parteien Tausende von Soldaten und Zivilisten mit dem maßgeblichen Mann der bayerischen USPD, Kurt Eisner, und dem Führer des radikalen Flügels im Bayerischen Bauernbund, Ludwig Gandorfer, an der Spitze zu den Kasernen im Westen und Nordwesten Münchens. Die dort kasernierten Soldaten schlossen sich dem Demonstrationenzug an und wirkten an der Besetzung zahlreicher öffentlicher Gebäude mit. Im Mathäerbräu am Stachus bildeten sich ein Soldaten- und, unter Eisners Führung, ein Arbeiterrat. Die königliche Familie verließ auf Empfehlung des Innenministers die Hauptstadt. Am späten Abend eröffnete Eisner im Landtag die konstituierende Sitzung der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, die ihn zum Präsidenten wählten. In einem Aufruf an die Bevölkerung, der am Morgen des folgenden Tages erschien, erklärte Eisner Bayern zum Freistaat, kündigte die Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung an und proklamierte das Ende des sozialistischen Bruderkriegs.²²

„Die Physiognomie der Revolution beginnt sich abzuzeichnen“, notierte der liberale Diplomat Harry Graf Kessler am 7. November in sein Tagebuch. „Allmähliche Inbesitznahme, Ölfleck, durch die meuternden Matrosen von der Küste aus. Sie isolieren Berlin, das bald nur noch eine Insel sein wird. Umgekehrt wie in Frankreich revolutioniert die Provinz die Hauptstadt, die See das Land: Wikingerstrategie.“ Tags darauf faßten die Nachrichten des preußischen Kriegsministeriums die Entwicklung wie folgt zusammen: „9 Uhr vormittags: *Magdeburg* schwere Unruhen. 1 Uhr mittags: Im Bereich des Stellvertretenden *Generalkommandos* VII. Armeekorps drohen Unruhen auszubrechen. 5 Uhr nachmittags: *Halle* und *Leipzig* rot. Abends: *Düsseldorf*, *Haltern*, *Osnabrück*, *Lüneburg* rot; *Magdeburg*, *Stuttgart*, *Oldenburg*, *Braunschweig*, *Köln* rot. 7 Uhr nachmittags: Stellvertretendes *Generalkommando* XVIII. Armeekorps in Frankfurt a. M. abgesetzt.“²³

In Berlin lag seit dem Abend des 7. November ein sozialdemokratisches Ultimatum auf dem Tisch des Kriegskabinetts. Bis zum Nachmittag des 8. November verlangten die Vorstände der SPD und ihrer Reichstagsfraktion erstens die Aufhebung des Verbots von Versammlungen der USPD, das der Oberbefehlshaber in den Marken, General von Linsingen, verhängt hatte, zweitens äußerste Zurückhaltung seitens der Polizei und des Militärs, drittens eine Umbildung der preußischen Regierung im Sinne der Reichstagsmehrheit, viertens die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung und fünftens die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen.

Prinz Max von Baden sah durch das Ultimatum einen „Pakt“ aufgekündigt, den er am Vormittag desselben Tages mit Friedrich Ebert geschlossen zu haben meinte. Auf seine Frage, ob er an seiner, des Prinzen Seite gegen die soziale Revolution kämpfen werde, hatte Ebert, jedenfalls nach der Darstellung des Kanzlers, geantwortet, wenn der Kaiser nicht abdanke, dann sei die soziale Revolution unvermeidlich. „Ich aber will sie nicht, ja ich hasse sie wie die Sünde.“ Am Abend des 7. November dachte Ebert gewiß nicht anders als am Vormittag. Aber es wurde nun immer deutlicher, daß sich die sozialdemokratische Unterscheidung zwischen Monarch und Monarchie nicht mehr lange aufrechterhalten ließ. Die Empörung der Massen untergrub eine derart ausgeklügelte Taktik und zwang die SPD, radikaler aufzutreten.

Prinz Max wollte das sozialdemokratische Ultimatum zunächst mit seinem Rücktritt beantworten, konnte aber von diesem Schritt noch einmal abgehalten werden, nachdem Scheidemann am Abend des 7. November im Kriegskabinett versichert hatte, die Sozialdemokraten würden es vor Abschluß des Waffenstillstands nicht zum Bruch kommen lassen. Die bürgerlichen Parteien waren über das Vorgehen der SPD verärgert, schickten sich aber rasch in das Unvermeidliche. Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei forderten nun ihrerseits die Abdankung des Kaisers, und selbst die Nationalliberalen ließen erkennen, daß sie einen Thronverzicht begrüßen würden. Die Schlüsselposition der SPD unterstrich ein nicht namentlich genannter

führender Abgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei, der gegenüber der „B. Z. am Mittag“ erklärte: „In diesen Zeiten kann in Deutschland ohne Sozialdemokratie nicht regiert werden, sie ist zur Mehrheitsbildung unbedingt notwendig, sonst geht die Revolution nicht auf geordnetem und friedlichem Wege, sondern auf bolschewistischem Wege mit allen Schrecken des Bürgerkrieges vor sich.“

Am Abend des 8. November war Wilhelm II. noch immer Deutscher Kaiser und König von Preußen. Dennoch erklärten die Sozialdemokraten nunmehr öffentlich, was Scheidemann tags zuvor schon im Kriegskabinetts zugestanden hatte: „Die Partei wolle nicht vor Abschluß des Waffenstillstands aus der Regierung ausscheiden. (Mit diesem Abschluß war, nachdem die deutschen Unterhändler Berlin am 6. November verlassen, das alliierte Hauptquartier aber noch nicht erreicht hatten, erst in den nächsten Tagen zu rechnen.) Immerhin konnte die SPD, als sie ihr Ultimatum verlängerte, auf einige Erfolge verweisen, die sie in Verhandlungen mit der Regierung und den Mehrheitsparteien erreicht hatte: Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl werde durch Reichsgesetz eingeführt, die sofortige Parlamentarisierung Preußens sei gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung. Außerdem würden die jüngsten Einberufungen zum Militär, die die Öffentlichkeit sehr erregt hatten, rückgängig gemacht.²⁴

Als der „Vorwärts“ am Morgen des 9. November 1918 mit ebendieser Erklärung von Parteivorstand und Reichstagsfraktion der SPD erschien, hatte die Revolution bereits die Reichshauptstadt erreicht. Die Verhaftung eines der Führer der Revolutionären Obleute, Ernst Däumig, am 8. November wirkte aufreizend, desgleichen die von dem Oberbefehlshaber in den Marken angeordnete Aufstellung von Sicherheitswachen in den Großbetrieben. Am Abend des 8. November erfuhren die Führer der SPD durch ihre Vertrauensleute, daß nun auch die Berliner Arbeiter auf die Straße drängten. Daraufhin verkündete am folgenden Tag um 9 Uhr der Berliner Parteisekretär Otto Wels namens der SPD den Generalstreik und rief die Arbeiter zum „Entscheidungskampf unter dem alten gemeinsamen Banner“ auf. Eine Stunde später erklärte Scheidemann seinen Rücktritt als Staatssekretär.

Zur gleichen Zeit trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen. Ebert konnte mitteilen, daß es bereits Verhandlungen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten und Vertretern der Arbeiter gegeben habe. Bei einer notwendigen Aktion wolle die SPD gemeinsam mit den Arbeitern und Soldaten vorgehen. „Die Sozialdemokratie solle dann die Regierung ergreifen, gründlich und restlos, ähnlich wie in München, aber möglichst ohne Blutvergießen.“ Unmittelbar im Anschluß an die Fraktions-sitzung sollte mit den Arbeiter- und Soldatenvertretern verhandelt und dann die Regierung aufgefordert werden, „uns die Macht zu übergeben“. Geschehe das nicht, müsse die Aktion weitergeführt werden. Nach einer Aussprache, an der sich auch fast sämtliche der anwesenden Arbeitervertreter

beteiligten, stimmte die Reichstagsfraktion den Vorschlägen des Vorstands einstimmig zu.

Anders als die Mehrheitssozialdemokraten waren die Unabhängigen Sozialdemokraten am 9. November nur begrenzt handlungsfähig: Ihr Vorsitzender Hugo Haase hielt sich in Kiel auf, und ohne ihn wollte die Partei keinerlei Festlegungen gegenüber der MSPD treffen. Die Revolutionären Obleute, die auf dem linken Flügel der USPD standen, hatten, obwohl Karl Liebknecht auf einen früheren Termin drängte, erst den 11. November als Tag einer großen Aktion vorgesehen. Die Mehrheitsozialdemokraten konnten also am Morgen des 9. November ein organisatorisches und strategisches Vakuum füllen, und sie nutzten ihre Chance.

Für die SPD war es ein doppelter Glücksfall, daß es am 9. November in Berlin außer drei Jägerbataillonen keinerlei Fronttruppen gab und daß die Naumburger Jäger – ein Bataillon, das erst vor wenigen Tagen in die Hauptstadt verlegt worden war und als besonders kaisertreu galt – von sich aus den Wunsch äußerten, ein Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstands möge ihnen die Lage erläutern. Dieser Aufforderung kam, mit durchschlagendem Erfolg, Otto Wels nach. Sein Aufruf, die Soldaten sollten sich auf die Seite des Volkes und der Sozialdemokratischen Partei stellen, wurde mit begeisterter Zustimmung aufgenommen.

Die Nachricht, daß die Naumburger Jäger zu den Aufständischen übergegangen seien, überzeugte Prinz Max, daß seine Regierung nicht mehr zu halten war. Auch in Spa tat die Kunde ihre Wirkung. Gegen 11 Uhr wurde dem Kanzler telefonisch mitgeteilt, der Kaiser sei zur Abdankung entschlossen. Als eine halbe Stunde später die offizielle Erklärung Wilhelms II. immer noch nicht vorlag, gab Prinz Max dem Wolffschen Telegraphenbüro die Absicht des Kaisers und Königs, dem Thron zu entsagen, bekannt. Gleichzeitig ließ der Kanzler verlautbaren, er werde solange im Amt bleiben, bis die mit der Abdankung des Kaisers und dem Thronverzicht des Kronprinzen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geklärt seien. Es sei seine Absicht, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler sowie die Vorlage eines Gesetzesentwurfs über sofortige allgemeine Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung vorzuschlagen, die dann die künftige Staatsform des deutschen Volkes endgültig festlegen solle.

Aber für den Versuch, die Monarchie über eine Regentschaft zu retten, war es zu spät. Gegen 12 Uhr 35 erschien bei Prinz Max und den um ihn versammelten Staatssekretären eine von Ebert angeführte Delegation der SPD, um, entsprechend dem Fraktionsbeschluß vom Vormittag, die Übergabe der Macht zu fordern. Dieser Schritt, so erläuterte Ebert, sei notwendig, um Ruhe und Ordnung zu bewahren und Blutvergießen zu vermeiden. Die Unabhängigen stünden in dieser Frage hinter der Mehrheitspartei und würden sich möglicherweise auch an der neuen Regierung beteiligen. Gegen die Aufnahme von Vertretern der bürgerlichen Richtung gebe es keine Be-

denken, sofern das Übergewicht der Sozialdemokratie gesichert sei. Auf die Bemerkung des Kanzlers, nun müsse noch die Frage der Regentschaft geregelt werden, erwiderte der Vorsitzende der SPD, dafür sei es zu spät. Daraufhin schlug Prinz Max vor, daß Ebert den Posten des Reichskanzlers annehmen solle. Den Aufzeichnungen des Prinzen Max zufolge erklärte Ebert nach einem Moment des Bedenkens: „Es ist ein schweres Amt, aber ich werde es übernehmen.“

Außer dem Reichskanzler wünschten die Sozialdemokraten auch den preußischen Kriegsminister und den Oberbefehlshaber in den Marken zu stellen, dem Berlin militärisch unterstand. Als jedoch der anwesende preußische Kriegsminister Scheüch unter Hinweis auf die Versorgung des Feldheeres und die laufenden Verhandlungen über den Waffenstillstand erklärte, er bleibe auf seinem Posten, erklärte sich Ebert einverstanden. Scheüch akzeptierte seinerseits, daß ihm auf Vorschlag Scheidemanns ein sozialdemokratischer Unterstaatssekretär zur Seite gestellt werden sollte. Auch dem von ihm für den Posten des Oberbefehlshaber in den Marken vorgesehenen General könne ein Sozialdemokrat beigeordnet werden, ohne dessen Unterschrift keine Anordnung herausgehen solle. Scheidemann bezeichnete das als gangbaren Weg. Ebenso wie Scheüch erklärte auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Solf, seine Bereitschaft, im Amt zu bleiben. Nach einer kurzen internen Beratung zwischen Kanzler und Staatssekretären folgte dann jener Vorgang, den Ebert in seinem ersten Aufruf an die deutschen Bürger wie folgt umschrieb: „Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen.“

Die Politik, die die Sozialdemokraten am 9. November verfolgten, entsprach ganz der von Scheidemann schon drei Tage vorher ausgegebenen Devise: „Jetzt heißt's sich an die Spitze der Bewegung stellen, sonst gibt's doch anarchische Zustände im Reich.“ Die SPD hatte sich durchaus nicht über Nacht von der Regierungspartei, die sie seit Anfang Oktober war, in eine revolutionäre Bewegung verwandelt. Sie blieb vielmehr Ordnungskraft. Noch immer ging es ihr um jenen „Leitgedanken“, zu dem Ebert sich am 5. November im Interfraktionellen Ausschuß bekannt hatte: „Wie halten wir das Reich aufrecht und die Wirtschaft in Ordnung?“ Um dieses Zieles willen hatten die Sozialdemokraten, wie Scheidemann zwei Tage später im Kriegskabinett beteuerte, alles getan, was sie konnten, „um die Massen bei der Stange zu halten“. Am 9. November aber war die Geduld der Massen endgültig erschöpft. Jetzt kam es darauf an, die Bewegung der Soldaten und Arbeiter in eine Richtung zu lenken, die dem Leitgedanken Eberts nicht zuwiderlief. Nachdem es den Sozialdemokraten nicht gelungen war, die Revolution zu verhindern, galt es, sie zu bändigen und sicherzustellen, daß sie nicht, wie die russische, in Chaos und Bürgerkrieg umschlug. Das war die Richtschnur, die am 9. November 1918 und in den Wochen danach das Handeln Eberts und der anderen führenden Sozialdemokraten bestimmte.²⁵

Die gebremste Revolution

Als Philipp Scheidemann am frühen Nachmittag des 9. November 1918 von einem Balkon des Reichstags aus die „Deutsche Republik“ ausrief, tat er es, ohne von Friedrich Ebert dazu autorisiert zu sein. Der eben ernannte „Reichskanzler“ hätte es vorgezogen, die Frage „Republik oder Monarchie?“ der Verfassunggebenden Nationalversammlung zu überlassen. Aber Scheidemann hatte ein sicheres Gespür dafür, daß der Tropfen monarchischen Öls, mit dem Prinz Max von Baden den sozialdemokratischen Parteiführer gesalbt hatte, vielleicht die Militärs und höheren Beamten, nicht jedoch die breiten Massen beeindrucken konnte. Was die revoltierenden Soldaten und Arbeiter von den maßgebenden Sozialdemokraten erwarteten, war ein demonstrativer Bruch mit dem verhaßten „preußischen Militarismus“. Die Ausrufung der Republik hatte diese Signalwirkung. Sie war so stark, daß auch Karl Liebknecht sie nicht mehr abschwächen konnte, als er, zwei Stunden nach Scheidemann, vom Balkon des Berliner Schlosses aus die „freie sozialistische Republik Deutschland“ proklamierte.¹

Mit seiner, von den meisten als Flucht empfundenen Abreise nach Spa hatte Wilhelm II. dem monarchischen Gefühl vieler Deutscher einen schweren, ja tödlichen Schlag versetzt. Außerhalb der preußischen Kernlande gab es kaum noch Gefühle der Anhänglichkeit an den letzten Hohenzollern, und selbst in den altpreußischen Gebieten war es nur eine konservative Minderheit kirchentreuer Lutheraner, die ihrem Landesherrn über seinen Sturz hinaus die Treue hielt. Den gläubigen Protestanten fiel der Abschied von der Monarchie auch in den anderen deutschen Staaten schwerer als den Katholiken, stand doch der jeweilige Landesherr zugleich als „summus episcopus“ an der Spitze der evangelischen Kirche. Doch zunächst waren die verbliebenen Anhänger der Monarchie, ob evangelisch oder katholisch, wie betäubt. Die Niederlage Deutschlands schmerzte sie noch mehr als die Ausrufung der Republik, und die Abdankung der Dynasten ließ ihnen gar keine andere Wahl, als die neue Staatsform einstweilen hinzunehmen.²

Für die große Mehrheit der Deutschen verband sich mit der Republik die Hoffnung auf einen gerechten Frieden und einen innenpolitischen Neuanfang. Scheidemanns Worte „Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt!“ trafen die Gefühlslage des 9. November genau. Die Fürsten und Generäle hatten ihren Kredit verspielt; sie standen für die Enttäuschungen und Entbehrungen des verlorenen Krieges; sie verkörperten eine Gesellschaft des „Oben“ und „Unten“, die in Wirklichkeit längst aus den Fugen geraten war. Es war folglich an der Zeit, den bisher Herrschenden den Gehorsam aufzukündigen und das Volk selbst zum Herrn seiner Ge-

schicke zu machen. Was immer Demokratie konkret bedeuten mochte: dem Obrigkeitsstaat erschien sie allemal überlegen, und, was mit das Wichtigste war, sie konnte als Brücke zu den demokratischen Nationen des Westens dienen, mit denen nun die Bedingungen des Friedens ausgehandelt werden mußten.

Was für die Heimat galt, traf auch für Front und Etappe zu: Einen aktiven Rückhalt für die Monarchie gab es kaum noch. Die Offiziere, die am 9. November daran dachten, mit dem Kaiser an der Spitze in die Heimat zurückzukehren und die Revolution oder, wie es bei ihnen hieß, den „Bolschewismus“ niederzuwerfen, waren hoffnungslos in der Minderheit. Die große Mehrheit scharte sich hinter Groener, der seinerseits Hindenburg davon überzeugen konnte, daß der „Plan eines Vormarsches gegen die Heimat“ nicht nur den Bürgerkrieg, sondern auch die Fortsetzung des Krieges mit der Entente bedeuten würde und schon deshalb völlig aussichtslos sei. Groener war es auch, der Wilhelm II. am Vormittag des 9. November in Spa die Wahrheit ins Gesicht sagte: „Das Heer wird unter seinen Führern und Kommandierenden Generalen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät; denn es steht nicht mehr hinter Eurer Majestät!“

In der Absage an den Bürgerkrieg traf sich Groener mit Ebert, der in einer seiner ersten und letzten Amtshandlungen als „Reichskanzler“ Behörden und Beamten versicherte, die neue Regierung habe die Führung der Geschäfte übernommen, „um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen“. Eberts Appell an die Beamten, auf ihren Posten zu bleiben, ließ keinen Zweifel daran aufkommen, welches Ziel für ihn angesichts des Zusammenbruchs der alten Staatsordnung und der militärischen Niederlage oberste Priorität besaß: „Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.“ Es kam mithin vor allem darauf an, die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Einrichtungen aufrechtzuerhalten oder, in den Worten von Eberts Amtsvorgänger Max von Baden, „unter allen Umständen den Zusammenbruch der Regierungsmaschine zu verhindern“ und „von Legalität und Kontinuität zu retten, was noch zu retten war“.³

Im Hinblick auf das Ziel, Chaos und Bürgerkrieg zu vermeiden, gab es also einen Grundkonsens zwischen den sozialdemokratischen Führern und den nüchtern urteilenden Vertretern der bisherigen zivilen und militärischen Staatsgewalt. Aber erreichen ließ sich dieses Ziel nur, wenn es gelang, das Zusammenwirken von neuen Machthabern und alten Funktionselementen nach „links“ abzusichern. Der Massenrückhalt der Mehrheitssozialdemokraten reichte nicht aus, um die Revolution vor einer Entgleisung zu bewahren, wie sie sich, aus der Sicht der SPD, ein Jahr zuvor in Rußland ereignet hatte. Es war nicht einmal sicher, ob ein Pakt mit den Unabhängigen Sozialdemokraten dieser Möglichkeit einen Riegel vorschieben würde. Gewiß war nur, daß

es zum Versuch einer Verständigung mit der USPD keine vernünftige Alternative gab. Auf eine Unterstützung durch die Arbeiterschaft konnte die neue Regierung nur hoffen, wenn sie sich entschlossen zeigte, den sozialdemokratischen Bruderkampf zu beenden.

Der Gegensatz zwischen oppositionellen und „Regierungssozialisten“ war in den letzten Monaten des Krieges immer tiefer geworden und hatte mittlerweile auch die zwischenmenschlichen Beziehungen stark beeinträchtigt: Die Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes wurden von den Abgeordneten der USPD nicht einmal mehr begrüßt. Am 9. November aber zählten persönliche Empfindlichkeiten nicht mehr. Nachdem bereits am frühen Vormittag, noch vor der entscheidenden Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, maßgebende Vertreter beider Parteien ein erstes Gespräch über die Bildung einer gemeinsamen Regierung geführt hatten, schlug Ebert am Nachmittag der USPD vor, es solle „ein zu gleichen Teilen aus Mehrheitlern und Unabhängigen zusammengesetztes Kabinett gebildet werden, dem Mitglieder der bürgerlichen Parteien der Linken als Fachminister zur Seite stehen könnten“. Das hieß: Beteiligung der bürgerlichen Mehrheitsparteien an der Regierung, aber keine Gleichberechtigung mit den beiden sozialdemokratischen Parteien, denen die politische Führungsrolle zufiel und die ihrerseits die Macht auf der Grundlage der Parität ausüben sollten.⁴

Personelle Bedingungen stellte die MSPD nicht; selbst einer Aufnahme Karl Liebknechts in das Kabinett wollte Ebert sich nicht widersetzen. Umgekehrt gab es bei der USPD starke Vorbehalte gegen die drei Politiker, die die MSPD in die Regierung entsandt hatte, nämlich Ebert, Scheidemann und den Abgeordneten Otto Landsberg. Von den sachlichen Bedingungen, die die Unabhängigen an einen Eintritt in das Kabinett knüpften, war vor allem eine für die Mehrheitspartei unannehmbar. Auf die von Liebknecht und den Revolutionären Obleuten diktierte Forderung, die gesamte exekutive, legislative und rechtsprechende Macht solle ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten liegen, antwortete die SPD mit einem politischen Glaubensbekenntnis: „Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.“ Ebenso eindeutig reagierte die Mehrheitspartei auf das Verlangen der Unabhängigen, der Regierung dürften keine bürgerlichen Mitglieder angehören. Die SPD lehnte dieses Ansinnen ab, weil andernfalls die Volksernährung erheblich gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht würde.

Eine Einigung kam erst am frühen Nachmittag des 10. November, nach der Rückkehr des Parteivorsitzenden der USPD, Hugo Haase, aus Kiel zustande. Unter seinem mäßigenden Einfluß nahmen die Unabhängigen die Forderungen zurück, die für die MSPD nicht zumutbar waren. Die Unabhängigen erklärten sich nun auch mit bürgerlichen Fachministern einverstan-

den, die freilich nur technische Gehilfen des eigentlichen, rein sozialistischen Kabinetts sein durften und denen je ein Mitglied der beiden sozialdemokratischen Parteien als Kontrolleur zur Seite zu stellen war. Über die von der Mehrheitspartei geforderte Konstituierende Versammlung wollte die USPD erst später, nach „Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände“, entscheiden. Der Punkt, der für die MSPD die größten Probleme aufwarf, lautete: „Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reich alsbald zusammenzuberufen sind.“ Aber so radikal und „russisch“ diese Forderung klang, die Mehrheitssozialdemokraten konnten hoffen, in einer deutschen Räteversammlung über die Mehrheit zu verfügen und damit Konflikte zwischen der Regierung und dem vorläufigen Parlamentsersatz zumindest in engen Grenzen zu halten: Entscheidend war, daß die Unabhängigen die Konstituante nicht grundsätzlich ablehnten und nichts mehr forderten, was auf eine „Diktatur des Proletariats“ hinauslief. Aus ebendieser Sicht hielten es die Führer der MSPD für gerechtfertigt und geboten, den abgemilderten Forderungen der USPD zuzustimmen.

Noch bevor sich das neue Kabinett, der „Rat der Volksbeauftragten“, formell konstituierte, mußten die Regierungsmitglieder der USPD bereits ihre erste politische Entscheidung treffen: Sie nahmen die Waffenstillstandsbedingungen der Entente an, die am 10. November um 12 Uhr in einer gemeinsamen Sitzung der drei neuen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und der alten Staatssekretäre beraten worden waren. Am folgenden Tag unterzeichnete die von Matthias Erzberger geführte deutsche Delegation im Wald von Compiègne das Waffenstillstandsabkommen. Am 11. November 1918 um 11 Uhr endete der Erste Weltkrieg.

Der „Rat der Volksbeauftragten“ – der von den Unabhängigen gewünschte, aus Rußland stammende Begriff „Volkskommissare“ war auf Vorschlag Landsbergs verdeutscht worden – setzte sich aus sechs Mitgliedern zusammen. Die Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten waren der 1871 in Heidelberg geborene Friedrich Ebert, gelernter Sattler, ab 1893 Redakteur der Bremer Parteizeitung und seit 1913 als Nachfolger August Bebels Vorsitzender der SPD; der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Philipp Scheidemann, 1865 in Kassel geboren und von Beruf Buchdrucker, bevor auch er Redakteur wurde; als dritter der 1869 im oberschlesischen Rybnik geborene Rechtsanwalt Otto Landsberg, seit 1912 Mitglied des Reichstags. Die USPD vertraten Hugo Haase, Rechtsanwalt aus Königsberg, 1863 im ostpreußischen Allenstein geboren, seit 1913 erst zusammen mit Bebel, von 1913 bis 1916 dann mit Ebert Vorsitzender der SPD; Wilhelm Dittmann aus Eutin, Jahrgang 1874, Tischler und später Parteisekretär, nach dem Berliner Metallarbeiterstreik vom Januar 1918 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt; schließlich, als Vertrauensmann der Revolutionären Obleute, Emil Barth, 1879 in Heidelberg geboren und Metallarbeiter von Beruf. Zwei der Volksbeauftragten, Haase und Landsberg, stammten aus jüdischen Familien.

Außer Haase, der sich zur mosaischen Religion bekannte, bezeichneten sich alle Volksbeauftragten als „Dissidenten“, das heißt als keiner Religionsgemeinschaft zugehörig. Ebert und Haase waren die nominell gleichberechtigten Vorsitzenden des Gremiums; die tatsächliche Leitung lag von Anfang an in den Händen Eberts.

Die politischen Entscheidungen vom 9. und 10. November wurden von den Führungen der beiden sozialdemokratischen Parteien getroffen. Die Revolutionären Obleute, die linke Vorhut aus den Metallbetrieben der Reichshauptstadt, waren von den Ereignissen zunächst völlig überrollt worden. Erst in der Nacht zum 10. November gelang es zweien ihrer Führer, Emil Barth und Richard Müller, auf einer Versammlung der spontan gebildeten Berliner Soldatenräte eine Entschließung durchzubringen, wonach tags darauf in allen Fabriken und Kasernen der Hauptstadt neue Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen waren, die dann am 10. November um 17 Uhr im Zirkus Busch zu einer Vollversammlung zusammentreten und dort die provisorische Regierung wählen sollten. Ordnungsgemäße Wahlen waren innerhalb einer so kurzen Frist gar nicht möglich, zumal der 10. November ein Sonntag war. Wieder war es Otto Wels, der durch entschlossenes Handeln seiner Partei einen Startvorsprung verschaffte. Er ließ ein Flugblatt drucken, in dem er die Berliner Soldaten zur Wahl von Soldatenräten aufrief. Die 148 gewählten Soldatenvertreter schwor Wels anschließend auf die mehrheitssozialdemokratische Linie, und das hieß vor allem: auf eine paritätisch zusammengesetzte Regierung, ein. An die Berliner Arbeiter appellierte der „Vorwärts“ am 10. November mit einer Parole, die einer verbreiteten Stimmung entsprach. Die Schlagzeile des Parteiorgans lautete: „Kein Bruderkampf!“

In der Versammlung der etwa 3 000 Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch hatten die Radikalen keine Mehrheit. Ebert erhielt viel Zustimmung, als er von der Bildung des Rates der Volksbeauftragten berichtete. Dagegen gab es massive Proteste, vor allem von seiten der Soldaten, die Wels in die Versammlung geführt hatte, als Liebknecht scharfe Angriffe gegen Ebert richtete. Zum Eklat kam es, als Barth zur Wahl eines Aktionsausschusses aufrief und dafür eine von den Revolutionären Obleuten aufgestellte Liste vorschlug. Ebert erklärte einen solchen Ausschuß für überflüssig; wenn er aber gewählt werde, müsse er, wie die Regierung, paritätisch zusammengesetzt sein. Als anschließend Anhänger des Spartakusbundes Ebert persönlich bedrohten, verließ dieser die Versammlung und vergewisserte sich in der Reichskanzlei beim preußischen Kriegsminister Scheüch, daß dieser die neue Regierung gegebenenfalls schützen werde.

In ernste Gefahr geriet der neugebildete Rat der Volksbeauftragten, als Haase, über den Vorstoß der Radikalen verärgert, im Zirkus Busch mitteilte, unter den gegebenen Umständen könne er in die Regierung nicht eintreten. Es bedurfte der ultimativen Drohung der Soldatenvertreter, sie würden, falls das Prinzip der Parität nicht beachtet werde, die Regierung allein bilden, um die Revolutionären Obleute zum Rückzug zu bewegen. Mit großer Mehr-

heit wählte die Versammlung schließlich ein aus vierzehn Mitgliedern bestehendes Aktionskomitee des Arbeiterrates, dem je sieben Vertreter von MSPD und USPD angehörten. Die meisten Mitglieder des ebenfalls vierzehnköpfigen Aktionskomitees der Soldaten waren parteilos. Zusammen bildeten die beiden Aktionskomitees den „Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Großberlin“, der sich tags darauf unter dem Vorsitz Richard Müllers von den Revolutionären Obleuten konstituierte. Auf Müllers Vorschlag wurde der Rat der Volksbeauftragten in seiner am frühen Nachmittag vereinbarten Zusammensetzung bestätigt. Auch die beiden sozialdemokratischen Parteien bekräftigten nach dem Ende der Versammlung im Zirkus Busch nochmals ausdrücklich, was sie einige Stunden zuvor miteinander vereinbart hatten.

Die Führer der Mehrheitssozialdemokraten hatten am Abend des 10. November Grund, mit dem Lauf der Dinge zufrieden zu sein. Es sprach alles dafür, daß sich die Regierung gegenüber dem Berliner Vollzugsrat, der bis zum Zusammentritt einer deutschen Räteversammlung die Volksbeauftragten kontrollieren sollte, im Zweifelsfall durchsetzen würde. Da die Arbeiter- und Soldatenräte nicht nur in Berlin, sondern auch im übrigen Reich überwiegend für die Regierung der Volksbeauftragten waren, ja zumeist loyal die Linie der Mehrheitssozialdemokraten befolgten, war es ganz unwahrscheinlich, daß sich in Deutschland eine Doppelherrschaft nach dem russischen Muster von 1917 – hier radikale Räte, dort provisorische Regierung – entwickeln würde. Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte von 1918 verlangten anders als die russischen nicht alle Macht für sich, sondern wollten in ihrer Mehrheit nur für eine Übergangszeit, bis zur Wahl demokratisch legitimierter Volksvertretungen, die alten Behörden kontrollieren. Das galt jedenfalls für diejenigen örtlichen Räte, in denen die MSPD das Übergewicht hatte, aber auch für die meisten, die vom gemäßigten Flügel der USPD beherrscht wurden. Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte vom November 1918 verstanden sich in der Regel als institutionelle Notbehelfe, aber nicht als Modelle einer künftigen „reineren“ Demokratie.⁵

Die wichtigste Machtgrundlage der Mehrheitssozialdemokraten war in den kritischen Stunden des 9. und 10. November der Rückhalt, den sie bei den revoltierenden Soldaten hatten. Wenn der als „Fachminister“ weiter amtierende preußische Kriegsminister Scheüch Ebert am 10. November seine Unterstützung zusicherte, dann hatte das eher symbolische Bedeutung. Dasselbe galt von dem Vorschlag eines antibolschewistischen „Bündnisses“, den Generalquartiermeister Groener Ebert in einem legendenumwobenen Telefongespräch vom Abend desselben Tages unterbreitet haben will. Ebert brauchte die Hilfe der Obersten Heeresleitung bei der Heimführung der Truppen. Aber ein „Bündnis“ zur Bekämpfung des Bolschewismus konnten Groener und Ebert schon deswegen nicht schließen, weil die OHL über das erforderliche Kräftepotential am 10. November gar nicht verfügte. Entscheidend war die Haltung der Soldatenräte, und die waren im November 1918

sehr viel eher geneigt, auf Ebert und Wels als auf Groener und Hindenburg zu hören.⁶

Das Geschick, mit dem die Mehrheitssozialdemokraten am 9. November die Soldaten auf ihre Seite herüberzogen, trug viel dazu bei, Blutvergießen zu verhindern. Schon in den Mittagsstunden jenes Tages wies der Oberbefehlshaber in den Marken die Truppen an, von den Waffen keinen Gebrauch mehr zu machen. Wenig später erhielt auch die Berliner Polizei, die als besonders kaisertreu galt, von ihrem Präsidenten von Oppen den Befehl, nicht mehr zu schießen. Sein Amt übergab Oppen dem Unabhängigen Sozialdemokraten Emil Eichhorn. Am Nachmittag des 9. November wurde noch am Marstall und an der Universität heftig gekämpft, wo sich einige Offiziere verschanzt hatten, die in die demonstrierende Menge schossen. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten hatten in Berlin am Tage des Umsturzes insgesamt fünfzehn Tote zu beklagen.⁷

Die geringe Zahl der Opfer zeigte, wie wenig Rückhalt das kaiserliche Deutschland selbst bei seinen vermeintlich zuverlässigsten Stützen noch hatte. Einen Tag nach dem Abgang des Kaisers und der Ausrufung der Republik schien in Berlin schon wieder die Normalität zurückzukehren. Am Sonntag, dem 10. November, gingen, wie Ernst Troeltsch notierte, wie gewöhnlich die Bürger im Grunewald spazieren. „Keine eleganten Toiletten, lauter Bürger, manche wohl absichtlich einfach angezogen. Alles etwas gedämpft wie Leute, deren Schicksal irgendwo weit in der Ferne entschieden wird, aber doch beruhigt und behaglich, daß es so gut abgegangen war. Trambahnen und Untergrundbahnen gingen wie sonst, das Unterpfand dafür, daß für den unmittelbaren Lebensbedarf alles in Ordnung war. Auf allen Gesichtern stand geschrieben: Die Gehälter werden weitergezahlt.“⁸

Für die Volksbeauftragten begann der Alltag der Regierungsarbeit am 11. November. Die Haltung, mit der die Mehrheitssozialdemokraten an ihre Aufgabe herangingen, umschrieb Friedrich Ebert rückblickend am 6. Februar 1919 in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar: „Wir waren im eigentlichen Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes: alle Läger waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben der Nationalversammlung nicht vorgegriffen. Aber wo Zeit und Not drängten, haben wir die dringlichsten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen uns bemüht. Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen... Wenn der Erfolg nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Umstände, die das verhinderten, gerecht gewürdigt werden.“⁹

Nicht als Gründerväter einer Demokratie also, sondern als Konkursverwalter des kaiserlichen Deutschland begriffen sich die regierenden Sozialdemokraten in den zehn Wochen zwischen dem Sturz der Monarchie und der

Wahl der Nationalversammlung. Als Demokraten meinten sie, ohne ein ausdrückliches Mandat des deutschen Volkes keine grundlegenden Neuerungen in Angriff nehmen zu dürfen. Für die Verwirklichung des Sozialismus schien ihnen die Notzeit zwischen Krieg und Frieden ohnehin denkbar ungeeignet. Anstatt durch überstürzte Experimente der Idee des Sozialismus Schaden zuzufügen, galt es, die unmittelbaren Nöte des Tages zu bewältigen, und das hieß vor allem die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Einheit des Reiches zu bewahren. Aber auch diese Ziele waren nach Meinung der Mehrheitssozialdemokraten am sichersten zu erreichen, wenn die Regierung sich auf einen unbezweifelbaren Auftrag des Volkes stützen konnte. Alles sprach also dafür, die Amtszeit der revolutionären Übergangsregierung tunlichst zu beschränken und die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung möglichst früh, etwa im Januar 1919, stattfinden zu lassen.

Von den Volksbeauftragten der Unabhängigen Sozialdemokraten waren die gemäßigten, Haase und Dittmann, für einen deutlich späteren Wahltermin, nämlich im April oder Mai des kommenden Jahres. Formell ließ sich ein solcher Aufschub damit begründen, daß im Frühjahr 1919 auch die zur Zeit noch im Osten befindlichen Soldaten und die Kriegsgefangenen an der Wahl teilnehmen könnten. Die tieferen Gründe, die den rechten Flügel der USPD veranlaßten, dem von der MSPD geforderten frühen Termin zu widersprechen, legte Rudolf Hilferding, einer der führenden Theoretiker der Unabhängigen, am 18. November im Parteiorgan „Freiheit“ dar. Die Übergangsregierung müsse mit aller Energie darangehen, „die Taten zu setzen, die das Proletariat überzeugen, daß es kein Zurück mehr gibt, sondern nur ein Vorwärts. Die Demokratie muß so verankert werden, daß eine Reaktion unmöglich wird, die Verwaltung darf nicht zum Tummelplatz konterrevolutionärer Bestrebungen dienen. Vor allem müssen wir aber beweisen, daß wir nicht nur Demokraten, sondern auch Sozialisten sind. Die Durchführung einer Reihe wichtiger sozialistischer Übergangsmaßnahmen ist ohne weiteres möglich; sie müssen vollzogen werden, damit auch hier Stellungen geschaffen werden, die jedem kapitalistischen Gegenangriff uneinnehmbar sind.“

Die erstrebte Demokratie verlangte also, so durfte man Hilferding interpretieren, vorbeugende gesellschaftliche Eingriffe, die kraft revolutionären Rechts vorzunehmen waren, weil durchaus nicht sicher war, daß sich bei der Wahl zur Nationalversammlung eine Mehrheit für das erforderliche Maß an Sozialismus finden würde. Ein enger politischer Freund Hilferdings, Karl Kautsky, war keineswegs der Ansicht, daß es eines späten Wahltermins bedurfte, um die Demokratie sozial zu untermauern; umgekehrt könne eine Hinauszögerung des Wahltags die Anziehungskraft des Sozialismus sogar schwächen. Viel grundsätzlicher war der Widerspruch, auf den die Position der gemäßigten Unabhängigen beim linken Flügel der Partei stieß. Die Revolutionären Obleute wollten keine Konstituante, von der sie ein politisches Übergewicht des Bürgertums erwarteten, sondern die Allein- oder

doch Vorherrschaft der Räte und damit der Arbeiterklasse. Noch eindeutiger fiel das Bekenntnis zur „Diktatur des Proletariats“ bei der Spartakusgruppe aus.¹⁰

Über die Frage, ob der Handlungsspielraum der Volksbeauftragten wirklich so eng war, wie Ebert und seine Freunde behaupteten, wird bis heute leidenschaftlich gestritten. Sicher ist, daß eine Politik im Sinne der radikalen Linken eine militärische Intervention der Alliierten ausgelöst hätte. Zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den „alten Eliten“ auf der einen, den Amerikanern und Engländern auf der anderen Seite gab es einen antibolschewistischen Grundkonsens, der sich unter anderem darin niederschlug, daß gemäß dem Waffenstillstandsabkommen deutsche Truppen mit Billigung der Alliierten im umkämpften Baltikum verblieben, um dort eine Machtübernahme der Bolschewiki zu verhindern. Die Franzosen nahmen insofern eine Sonderrolle ein, als ihnen ein gewisses Maß an „Chaos“ im Reich ein geeignetes Argument erschien, um ihrer Forderung auf das Gebiet links des Rheins Nachdruck zu verleihen. Aber nichts spricht dafür, daß eine Demokratisierung von Militär und Bürokratie oder eine Vergesellschaftung bestimmter Schlüsselindustrien, eine Politik auf der Linie der gemäßigten USPD also, die Entente auf den Plan gerufen hätte.¹¹

Dagegen ist durchaus wahrscheinlich, daß es zu einer gefährlichen Polarisierung im Innern gekommen wäre, hätte der Rat der Volksbeauftragten die Wahlen zur Nationalversammlung bewußt verzögert. Ein spätes Wahldatum war im übrigen keineswegs erforderlich, um die Zeit bis zur Wahl für gesellschaftspolitische Reformen zu nutzen. Die Gegner der Demokratie verfügten nach wie vor über starke Machtbastionen, und es war realistisch anzunehmen, daß sie nur auf die Gelegenheit warteten, diese auszubauen. Die gemäßigten Unabhängigen hatten mithin gute Gründe, wenn sie den Rat der Volksbeauftragten vor eine doppelte Aufgabe gestellt sahen: die Lösung der dringendsten Gegenwartsprobleme *und* die vorsorgliche Sicherung der künftigen Demokratie.¹²

Die Meinungsverschiedenheiten über den Wahltermin belasteten den Rat der Volksbeauftragten, aber sie machten die Regierungsarbeit nicht unmöglich. Über die vordringlichsten Tagesaufgaben konnten sich die Vertreter der MSPD und der gemäßigten USPD in der Regel verständigen. Die Unabhängigen setzten auch durchaus nicht auf eine Konfrontation mit den bürgerlichen Staatssekretären. Diese wurden von den „Beigeordneten“ der USPD ebensowenig kontrolliert wie von denen der Mehrheitspartei, sondern konnten sich als die tatsächlichen Ressortchefs fühlen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes etwa, Wilhelm Heinrich Solf, ließ den ihm zugewiesenen Beigeordneten Kautsky Schriftstücke nur dann einsehen, wenn er es für zweckmäßig hielt. Wichtige Aktionen liefen an Kautsky und wohl auch an dem für Außenpolitik formell zuständigen Volksbeauftragten Haase vorbei – so auch eine geheime Botschaft Solfs an die Ententemächte vom 13. November, in der er die Siegerstaaten um eine ausdrückliche Erklärung bat, sie

würden bei einem Überhandnehmen der radikalen Kräfte vor einer militärischen Invasion Deutschlands nicht zurückschrecken.¹³

An die Spitze des Reichsamts des Innern beriefen die Volksbeauftragten am 15. November den linksliberalen Berliner Staatsrechtler Hugo Preuß, der auch den Auftrag erhielt, den Entwurf einer deutschen Reichsverfassung auszuarbeiten. Damit war von Anfang an klar, daß diese Verfassung keinen spezifisch sozialdemokratischen Stempel tragen würde. Auch auf dem wichtigsten Gebiet der wirtschaftlichen Demobilmachung verzichteten die beiden sozialdemokratischen Parteien darauf, die Schlüsselposition mit einem Mann aus den eigenen Reihen zu besetzen: Staatssekretär des zuständigen neuen Reichsamtes wurde, wie noch vom vorangegangenen Kabinett des Prinzen Max beschlossen, ein militärischer Fachmann, der Oberstleutnant Joseph Koeth. MSPD und USPD stellten jeweils nur einen Staatssekretär: Der „rechte“ Mehrheitssozialdemokrat August Müller übernahm das Reichswirtschaftsamt, der gemäßigte Unabhängige Emanuel Wurm das Reichsernährungsamt.

Bei den Sozialdemokraten beiderlei Richtung gab es, schon weil sie jahrzehntelang keine Positionen im öffentlichen Dienst hatten bekleiden können, bei weitem nicht genug Sachverstand, um 1918 sämtliche Kommandohöhen in Staat und Wirtschaft zu besetzen. Die Volksbeauftragten waren folglich auf die Hilfe „bürgerlicher“ Experten angewiesen. Soweit diese Experten Befürworter demokratischer Reformen oder gar überzeugte Anhänger des parlamentarischen Systems waren, warf die Zusammenarbeit mit ihnen in der Regel keine Probleme auf. Schwierig gestaltete sich dagegen das Verhältnis zu jenen höheren Beamten, die noch ganz den Denkvorstellungen des alten Systems verhaftet waren. Ein solcher Fall war der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Am 13. Dezember reichte Solf sein Abschiedsgesuch ein, nachdem er vier Tage vorher einen Eklat verursacht hatte. Er weigerte sich, dem Volksbeauftragten Haase die Hand zu geben, weil dieser laut Aussage des früheren Sowjetbotschafters Joffe von russischen Geldzuweisungen an die USPD gewußt hatte, mit denen die Revolution in Deutschland finanziert werden sollte.¹⁴

Ein Rücktritt wie der von Solf war jedoch die Ausnahme. Beamte, Staatsanwälte und Richter blieben auch dann in ihren Ämtern, wenn sie als engagierte Parteigänger des bisherigen Regimes und eingeschworene Gegner der Demokratie bekannt waren. In Preußen amtierten die königlichen Landräte weiter, als habe es einen 9. November 1918 nicht gegeben. Wenn örtliche Arbeiterräte sich über das illoyale Verhalten von Landräten beschwerten, wurden ihre Klagen in der Regel vom mehrheitssozialdemokratischen Innenminister Wolfgang Heine abgewiesen oder einfach ignoriert. Auch wenn konservative Landräte selbst um ihre Entlassung baten, legte Heine ihnen im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung nahe, im Amt zu bleiben. Nach dem Novemberumsturz vergingen noch acht Monate, bis die nach dem Dreiklassenwahlrecht gebildeten Selbstverwaltungskörper durch neue ersetzt wurden.

Für ein erhebliches Maß an Kontinuität im Bereich der zivilen Verwaltung gab es gute Gründe. Deutschland wäre im Chaos versunken, hätten die Revolutionsregierungen Beamte, Richter und Staatsanwälte in großer Zahl aus ihren Positionen entfernt. Da die beiden Arbeiterparteien nicht über das Personal verfügten, das die freiwerdenden Stellen hätte füllen können, blieb den neuen Machthabern gar nichts anderes übrig, als die bisherigen Amtsinhaber aufzufordern, ihren Dienst weiter zu versehen. Aber es war keineswegs erforderlich, daß extrem monarchistische Funktionsträger in Schlüsselstellungen verblieben. Einige exemplarische Entlassungen hätten eine warnende Wirkung auf Beamte ausgeübt, denen es schwerfiel, sich zur Republik zu bekennen. Im übrigen waren ja nicht nur die neuen Autoritäten auf die alten Bürokraten angewiesen. Es gab, stellte man die sozialen Folgen des Ausscheidens aus dem Amt in Rechnung, auch eine umgekehrte Abhängigkeit. Eine begrenzte Demokratisierung des öffentlichen Dienstes wäre im Herbst 1918 durchaus möglich gewesen. Sie unterblieb, weil sie den regierenden Sozialdemokraten nicht als vordringliche Aufgabe erschien.¹⁵

Ähnliches läßt sich über das Verhältnis der Sozialdemokraten zur bewaffneten Macht sagen. Schon in der ersten Woche seiner Tätigkeit entwickelte der Berliner Vollzugsrat Pläne zur Schaffung einer freiwilligen Volkswehr. Am 16. November wurden sie im Rat der Volksbeauftragten beraten; konkrete Beschlüsse faßte das Gremium jedoch nicht. Erst am 6. Dezember nahm die Regierung den von Ebert drei Tage zuvor vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr an. Diese Truppe sollte zunächst 11 000 Mann stark sein und auf dem Prinzip der Führerwahl durch die Mannschaften beruhen. Doch anstatt selbst für die Durchführung des Gesetzes zu sorgen, übertrugen die Volksbeauftragten diese Aufgabe dem preußischen Kriegsministerium, das seinerseits die Oberste Heeresleitung einschaltete. Das Ergebnis der Bemühungen beider Stellen konnte kaum überraschen: Das Gesetz blieb ein Stück Papier.

Die Nachlässigkeit der Volksbeauftragten war *ein* Grund, weshalb es in Deutschland, anders als in Österreich, 1918 nicht zum Aufbau einer loyalen republikanischen Schutztruppe kam. Aber es gab noch einen anderen Grund. Anders als in Österreich war die Arbeiterbewegung in Deutschland politisch gespalten. Der Gegensatz zwischen MSPD und USPD bildete eine schwere Vorbelastung aller Volkswehrpläne. Es erschien durchaus ungewiß, ob eine aus Anhängern beider sozialdemokratischer Parteien gebildete Freiwilligentruppe geschlossen in Aktion treten würde, wenn es um die Abwehr von Putschaktionen der äußersten Linken ging. Am 10. November hatte der „Vorwärts“ an die Arbeiter appelliert, sich nicht in einen „Sonderkampf“ verstricken zu lassen. Eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Anhängern der Revolutionären Obleute und der Spartakusgruppe wäre ein Bruderkampf gewesen, und schon deshalb wird man die Bereitschaft von Sozialdemokraten, sich in eine solche Schlacht zu werfen, nicht überschätzen dürfen. Dazu kam der allgemeine Antimilitarismus der Arbeiter: Nach vier Jahren

Krieg waren nicht viele geneigt, sich auch nur vorübergehend auf eine neue Art des Soldatseins einzulassen.

Doch was immer dem Aufbau einer Volkswehr entgegenstand, die militärpolitischen Entscheidungen der Volksbeauftragten lassen sich nicht einfach aus Wünschen und Abneigungen der Arbeiter erklären. Am 11. November entsprach die Revolutionsregierung einer Bitte Groeners und ersuchte die OHL in einem Telegramm, „für das gesamte Feldheer anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung im Heer unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist und daß eine Entlassung von Heeresangehörigen aus dem Heere nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat“. Die Vorgesetzten hatten Waffen und Rangabzeichen zu behalten. Wo sich Soldaten- oder Vertrauensräte gebildet hatten, sollten sie die Offiziere bei der Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung „rückhaltlos“ unterstützen. In ausführlicherer Form bestätigte am folgenden Tag ein weiterer Beschluß der Volksbeauftragten diese Anweisung.

Damit galt wieder uneingeschränkt die Befehlsgewalt der Offiziere, während sich die Soldatenräte auf eine untergeordnete Rolle zurückgedrängt sahen. Die Oberste Heeresleitung konnte zufrieden sein: Die Volksbeauftragten hatten mit ihrer Unterschrift die Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung im Militärbereich gebilligt. Die Soldatenräte dagegen mußten sich durch die offenkundige Stützung des „preußischen Militarismus“ herausgefordert fühlen. Auch sie bestritten nicht, daß bei der Rückführung und Auflösung des Feldheeres Disziplin vonnöten war. Aber die Restauration des früheren Zustandes war diesem Zweck nach ihrer Ansicht nicht dienlich.

Am 1. und 2. Dezember wurden auf einem Kongreß der Feld- und Soldatenräte in Bad Ems von den Versammelten einstimmig jene Reformen gefordert, die sie zur Überwindung des obrigkeitsstaatlichen Militärsystems für erforderlich hielten: Wegfall des Grußzwangs außer Dienst, Schließung der Offizierskasinos, gleiche Ernährungsbedingungen für Offiziere, Beamten und Mannschaften, ferner ein Mitwirkungsrecht der Soldatenräte bei allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Truppe sowie bei der Verhängung von Disziplinarstrafen und bei Beschwerden. Der Dienst sollte „in regelmäßiger Fühlung mit den Soldatenräten“ geregelt werden.

Die Oberste Heeresleitung erhob schärfsten Protest und hatte damit Erfolg. Ebert erklärte am 14. Dezember sein grundsätzliches Einverständnis mit der Position von Groener und Hindenburg, wies aber zugleich auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der einmütig oppositionellen Haltung der Soldaten ergäben. Das Zurückweichen Eberts machte deutlich, daß es der OHL bereits einen Monat nach dem Umsturz gelungen war, zum gleichberechtigten Partner der Regierung aufzusteigen. Die oppositionelle Stimmung unter den Soldaten konnte unter diesen Umständen nur noch weiter an-

wachsen. Die Mehrheitssozialdemokraten waren dabei, jenen Rückhalt bei den Soldatenräten zu verlieren, der es ihnen am 10. November erlaubt hatte, sich gegenüber den radikaleren Kräften in der Arbeiterschaft zu behaupten.¹⁶

Neben Beamtentum und Offizierskorps zählten auch die Unternehmer zu den „alten Eliten“, mit denen die regierenden Sozialdemokraten, ob sie dabei ideologische Skrupel hatten oder nicht, im Herbst 1918 zusammenarbeiten mußten. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben sahen die Volksbeauftragten darin, die Millionen heimgekehrter Soldaten wieder in die Produktion einzugliedern. Gelöst werden konnte diese Aufgabe nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften. Für die industriellen Arbeitgeber bedeutete das Zusammenwirken mit den Organisationen der Arbeitnehmer aber zugleich auch eine soziale Rückversicherung gegenüber zwei Gefahren: der Sozialisierung auf der einen, dem Staatsdirigismus auf der anderen Seite. Ähnlich sahen es die sozialdemokratisch orientierten Freien Gewerkschaften. Sie versprachen sich von einer Anerkennung durch die Unternehmer eine Aufwertung ihrer Position, und zwar sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber den neugebildeten Räten, die sie als unliebsame Konkurrenz empfanden.

Bereits im Oktober 1918 hatte es erste Gespräche zwischen Vertretern der elektrotechnischen, bald darauf auch der Schwerindustrie und den Gewerkschaften gegeben. Beide Seiten waren sich einig, daß die bevorstehende Demobilmachung die aktive Mitwirkung der Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verlangte. Die Errichtung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilmachung war das Ergebnis eines gemeinsamen Vorstoßes von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, ebenso die Bildung paritätisch zusammengesetzter Fachkommissionen, die dem neuen Amt beigegeben wurden.

Einer umfassenderen „Arbeitsgemeinschaft“ standen in den Spitzengesprächen, die vor dem 9. November stattfanden, nur noch zwei Hindernisse entgegen: Es war den Gewerkschaften bislang nicht gelungen, die Arbeitgeber zu einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung und zu einer Preisgabe der „gelben“, unternehmerfreundlichen Werkvereine zu bewegen. Der politische Umsturz ließ es den Unternehmern geraten erscheinen, den Gewerkschaften in diesen umstrittenen Fragen ein Stück entgegenzukommen. Am 15. November wurde das sogenannte „Stinnes-Legien-Abkommen“ unterzeichnet – benannt nach den beiden Verhandlungsführern, dem Schwerindustriellen Hugo Stinnes und dem Vorsitzenden der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, Carl Legien.

In diesem Dokument erkannten die Unternehmer die Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterschaft an. Sie bestätigten den aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmern einen Anspruch auf ihren früheren Arbeitsplatz, akzeptierten die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge mit den Gewerkschaften, stimmten der Bildung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten zu, setzten das

Höchstmaß der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden fest und erklärten eine Verdienstmäßerung infolge der kürzeren Arbeitszeit für nicht statthaft. Den organisatorischen Rahmen der künftigen Zusammenarbeit sollte die paritätisch zusammengesetzte und nach ebendiesem Grundsatz fachlich gegliederte „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands“, kurz ZAG genannt, bilden.

Die Gewerkschaften schienen mit dem Stinnes-Legien-Abkommen am Ziel langgehegter Wünsche angelangt. Das galt vor allem für ihre Anerkennung als Tarifpartner und die Einführung des Achtstundentages bei vollem Lohnausgleich. Aber die Abmachung hatte auch ihre Widerhaken. Die Unternehmer gaben zu Protokoll, daß der Achtstundentag in Deutschland nur dann Bestand haben werde, wenn sich alle Kulturländer durch internationale Vereinbarung auf dieselbe Arbeitszeit festlegen würden. Was die „gelben“ Werkvereine anging, so hatte Legien den Arbeitgebern am 5. November selbst zugesichert, wenn diese Organisationen sich ohne Zwang und finanzielle Zuwendungen sechs Monate lang aus eigener Kraft behaupten sollten, könne man über ihre Zuziehung zur ZAG verhandeln.

Für die Arbeitgeber wogen die Zugeständnisse an das Gewerkschaftslager wenig, wenn man sie mit dem Nutzen verglich, den die Zentralarbeitsgemeinschaft abwarf. Das Wichtigste war, daß das Abkommen vom 15. November 1918 einem Vertrag gegen die Sozialisierung gleichkam. Indem die Gewerkschaften die Unternehmer als Partner akzeptierten, erkannten sie zugleich die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an. In der Tat lag den Freien Gewerkschaften im November 1918 nichts ferner als der Gedanke an eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien. Die Gewerkschaften handelten als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer, aber aus ebendiesem begrenzten Selbstverständnis heraus machten sie hohe Politik. Sie banden in gewisser Weise auch dem Rat der Volksbeauftragten die Hände. Eine aktive Sozialisierungspolitik wäre, selbst wenn die Regierung sie gewollt hätte, gegen die Gewerkschaften kaum durchsetzbar gewesen.¹⁷

Im Rat der Volksbeauftragten drängten die Unabhängigen Sozialdemokraten auf eine rasche Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige. Die Mehrheitssozialdemokraten sahen in einer Änderung der Eigentumsverhältnisse eine Gefahr für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, mochten sich aber auch keinen Verrat an ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zum Sozialismus vorwerfen lassen. Einen Ausweg aus diesem Dilemma schien ihnen der Beschluß zu bieten, den die Volksbeauftragten am 18. November faßten. Danach sollten zwar diejenigen Industriezweige, „die nach ihrer Entwicklung zur Sozialisierung reif sind, sofort sozialisiert werden“. Zuvor aber sollte eine „Kommission namhafter Nationalökonomien“ berufen werden, „um unter Hinzuziehung der Praktiker aus den Reihen der Arbeiter und Unternehmer die Einzelheiten festzulegen“.

In die Sozialisierungskommission wurden neben Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften auch einige „bürgerliche“ Wissenschaftler, darunter der Ökonom Joseph Schumpeter, berufen. Am 5. Dezember trat die Kommission unter dem Vorsitz Karl Kautskys zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Aber an eine zügige Arbeit war nicht zu denken. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, August Müller, dem die „Betreuung“ des Gremiums oblag, war ein geschworener Gegner jedweder Sozialisierung; Ende Dezember bezeichnete er eine etwaige Verstaatlichung des Kohlenbergbaus als Verbrechen und Dummheit. Durch äußerste Zurückhaltung bei der Vergabe von Räumen, Hilfskräften und Geldmitteln versuchte Müller, die Arbeit der Kommission nach Kräften zu erschweren. Es ging zu einem erheblichen Teil auf das Konto solcher administrativen Behinderungen, daß die Sachverständigen erst Mitte Februar 1919 einen vorläufigen Bericht zur Sozialisierung des Steinkohlenbergbaus vorlegen konnten.¹⁸

Einer umfassenden Vergesellschaftung der deutschen Wirtschaft konnten Ende 1918 nur wirklichkeitsfremde Doktrinäre das Wort reden. Weder in den Arbeiterparteien noch in den Gewerkschaften noch in der staatlichen Bürokratie gab es das Personal, das die Stelle der kapitalistischen Unternehmer und ihrer Manager hätte einnehmen können. Enteignungen auf breiter Front hätten daher unweigerlich zu einem Zusammenbruch der Volkswirtschaft geführt. Wirtschaftlich vertretbar war eine Sozialisierung nur in einem Bereich wie dem Steinkohlenbergbau, wo die Marktgesetze weitgehend außer Kraft gesetzt waren und der Staat als Besitzer zahlreicher Zechen bereits über unternehmerische Erfahrung verfügte. Wichtig aber war ein politisches Argument, das für eine Sozialisierung des Steinkohlenbergbaus, im damaligen Deutschland die Schlüsselindustrie schlechthin, sprach. Die Zechenherren hatten sich nicht nur als rigorose Gegner der Gewerkschaften, sondern auch als hartnäckige Widersacher einer Demokratisierung des Kaiserreiches hervorgetan. Eine Vergesellschaftung des Steinkohlenbergbaus hätte folglich einen Einbruch in die Front der antirepublikanischen Kräfte bedeutet. Als die mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten die Fragen der Sozialisierung auf die lange Bank schoben, verzichteten sie mithin zugleich auf ein Stück vorsorglicher Festigung der parlamentarischen Demokratie.

So vehement wie die rheinisch-westfälische Schwerindustrie hatte im Kaiserreich nur *eine* gesellschaftliche Gruppe jedwede Art von Demokratisierung bekämpft: die ostelbischen Rittergutsbesitzer. Der Sturz der Monarchie bedeutete für sie eine dramatische Minderung ihres *politischen* Einflusses. Aber die *soziale* Machtstellung der Junker war 1918/19 sehr viel weniger bedroht als die der Zechenherren. Es gab keine Bewegung von Landarbeitern und landarmen Bauern, die ihre Enteignung forderte, und weder die deutsche noch die preußische Revolutionsregierung erwog eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse auf dem platten Land. Was die regierenden Sozialdemokraten davon abhielt, eine radikale Agrarreform in An-

griff zu nehmen, war vor allem die Furcht, einschneidende Maßnahmen könnten die Lebensmittelversorgung gefährden. Eine Aufteilung des Gutsbesitzes zugunsten von Kleinbauern und Landarbeitern wäre in der Tat mit unabsehbaren wirtschaftlichen Risiken verbunden gewesen. Denkbar war allenfalls eine „staatskapitalistische“ Lösung: Die Länder Preußen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz hätten die großen Güter selbst in Besitz nehmen und qualifizierten Pächtern zur Bewirtschaftung übergeben können. Aber nirgendwo ist 1918 ein solcher Weg auch nur erörtert worden.

Überhaupt waren Agrarfragen nicht gerade die starke Seite der Sozialdemokratie. Theoretisch galt nach wie vor der Grundsatz, daß in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie der Großbetrieb rationeller war als der kleine und der letztere darum keine Überlebenschancen hatte. In der Praxis ließ sich aus dieser Sichtweise 1918 eine Hinnahme des bestehenden Zustandes in Ostelbien rechtfertigen. Auf Drängen des „Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft“, in dem die Großagrарier maßgeblich vertreten waren, versicherte der Rat der Volksbeauftragten am 12. November die „ländliche Bevölkerung“ seines Schutzes „vor allen Eingriffen Unberufener in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse“. Wenig später willigten die Volksbeauftragten in die Bildung gemeinsamer Räte von Großgrundbesitzern, Mittel- und Kleinbauern sowie Landarbeitern ein. Von der Wirkung her war das nichts anderes als eine pauschale Garantie der bestehenden Eigentumsverhältnisse auf dem Lande und eine weitgehende politische Neutralisierung der noch schwachen Landarbeiterbewegung.

Zu einer Arbeitsgemeinschaft nach dem Vorbild des Stinnes-Legien-Abkommens kam es zwischen den selbständigen Landwirten und den Landarbeitern nicht. Die Agrарier weigerten sich, den beiden Landarbeitergewerkschaften – der sozialdemokratischen und der christlichen – ein Monopol für die Vertretung der ländlichen Arbeiter zuzugestehen. Eine revolutionäre Errungenschaft konnten aber auch die Landarbeiter verbuchen. Die Vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 sicherte ihnen zu, was ihnen im Kaiserreich verwehrt worden war: das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung und tarifliche Lohnvereinbarung. Doch die Rechte der Landarbeiter waren weit weniger abgesichert als die Errungenschaften der Industriearbeiter. Bereits im Frühjahr 1919 traf der pommersche Landbund Anstalten, die Landarbeitergewerkschaften mit paramilitärischen Mitteln zu zerschlagen. Es sollte bald noch deutlichere Anzeichen dafür geben, daß die gesellschaftliche Macht der Junker durch den Novemberumsturz nicht gebrochen worden war.¹⁹

Wäre es nach Friedrich Ebert gegangen, hätte bis zur Wahl der Nationalversammlung auf sämtlichen Gebieten der Politik der Grundsatz gegolten, der Nationalversammlung nicht vorzugreifen und alle Kraft auf die Lösung der unabweisbaren Tagesfragen zu richten. Im Rat der Volksbeauftragten konnte Ebert sich mit dieser Linie weitgehend durchsetzen. Aber sein Einfluß reichte nicht aus, um auch die andere Berliner Regierung, das preußi-

sche Kabinett, das ebenfalls paritätisch aus Mitgliedern der MSPD und der USPD zusammengesetzt war, auf denselben Kurs festzulegen. Die größte Prominenz unter den preußischen Ministern erlangte binnen kurzem der Unabhängige Adolph Hoffmann, der sich mit dem sehr viel weniger agilen Mehrheitssozialdemokraten Konrad Haenisch in die Leitung des Kultusministeriums teilte.

Als Autor eines scharf antiklerikalen Buches über die Zehn Gebote unter dem Spitznamen „Zehn-Gebote-Hoffmann“ bekannt geworden, begann der radikale Atheist seine Amtszeit mit der Ankündigung, in Preußen werde es künftig eine von politischer und kirchlicher Bevormundung freie Einheitschule und eine strikte Trennung von Staat und Kirche geben. Ende November erließ Hoffmann zwei Verordnungen, die die Reste der geistlichen Schulaufsicht in den Volksschulen und den Religionsunterricht als Schulfach beseitigten.

Mit seinen antikirchlichen Erlassen löste Hoffmann einen kurzen, aber heftigen Kulturkampf aus. Proteste kamen von evangelischer wie von katholischer Seite; im Rheinland und in Oberschlesien gab der ministerielle Antiklerikalismus einer Los-von-Berlin-Stimmung Auftrieb, die sich gegen Preußen, teilweise aber auch gegen das Reich richtete; das Zentrum fand in der Abwehr der Politik Adolph Hoffmanns die zündende Wahlkampfparole, die ihm bislang gefehlt hatte. Auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums zog die monarchistische Deutschnationale Volkspartei, die Nachfolgerin der konservativen Parteien des Kaiserreichs, Nutzen aus der Mobilisierung der kirchentreuen Protestanten. Am Neujahrstag 1919 zogen 60 000 Menschen, aufgerufen vom Zentrum und von evangelischen Kreisen Berlins, vor das preußische Kultusministerium, um gegen die Schul- und Kirchenpolitik des größten deutschen Staates zu protestieren. Die Mehrheitssozialdemokraten, die sich zu spät und nur halbherzig von Hoffmann distanziert hatten, mußten zur Kenntnis nehmen, daß ihre Politik nicht nur Widerstand von links, sondern auch von rechts und von der Mitte hervorrief.²⁰

Friedrich Ebert blieb von „rechten“ Protesten vorläufig noch verschont. Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten galt als härtester Widersacher der äußersten Linken und damit als natürlicher Verbündeter der Kräfte, die rechts von den Mehrheitssozialdemokraten standen. Anfang Dezember arbeiteten hohe Offiziere und Beamte einen Plan aus, wonach Ebert, gestützt auf das Militär, vorläufig die Reichspräsidentenschaft mit diktatorischen Vollmachten übernehmen und die Arbeiter- und Soldatenräte mit dem Berliner Vollzugsrat an der Spitze auflösen sollte. Am 6. Dezember marschierten bewaffnete Angehörige von Ersatzbataillonen des Infanterieregiments „Kaiser Franz“, Matrosen der Volksmarinedivision sowie Mitglieder einer Studentenwehr zur Reichskanzlei und brachten dort Ebert eine Ovation dar. Der Sprecher der Demonstranten forderte Wahlen zur Nationalversammlung noch im Dezember, polemisierte gegen die „Mißwirtschaft“ des Berliner Vollzugsrates und rief schließlich Ebert zum Präsidenten der Repu-

blik aus. Ebert antwortete vorsichtig abwägend. Wenige Stunden später, nach einer putschartigen Aktion derselben Demonstranten gegen den Vollzugsrat, kam es zu Schießereien zwischen regulären Soldaten und Spartakusanhängern, von denen sechzehn getötet und zwölf schwer verwundet wurden.

Vier Tage danach, am 10. Dezember, zogen, auf Grund einer Absprache zwischen der Obersten Heeresleitung und Ebert, die Gardetruppen in Berlin ein. Nach Meinung Groeners waren nur diese Frontverbände in der Lage, die Zivilbevölkerung zu entwaffnen und die Reichshauptstadt von den Spartakisten zu säubern. Darüber hinaus sollten die Gardetruppen den Anspruch der OHL unterstreichen, der wichtigste innenpolitische Ordnungsfaktor zu sein. Die Hoffnungen, die Groener mit dem Truppeneinmarsch verband, erfüllten sich freilich nicht: Der Drang der Soldaten heimzukehren, war so groß, daß die zehn Divisionen, die in Berlin eingezogen waren, für Säuberungsaufgaben weitgehend ausfielen. Aber es war doch ein erheblicher psychologischer Gewinn für das Militär, daß Ebert vor den heimgekehrten Truppen am 11. Dezember eine Ansprache hielt, die in dem fatalen, scheinbar die Dolchstoßlegende rechtfertigenden Satz gipfelte: „Kein Feind hat Euch überwunden.“²¹

Vom 16. bis 21. Dezember tagte in Berlin der Erste Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Das entsprach einem Beschluß des Berliner Vollzugsrates, der sich selbst nur als provisorische Spitze der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte sah. Die SPD konnte schon vor Beginn des Kongresses beruhigt feststellen, daß sie über die Mehrheit der 514 Delegierten verfügen würde. Etwa 300 Abgesandte der örtlichen und regionalen Räte rechneten sich der SPD, ungefähr 100 der USPD zu; der Rest tendierte zum linksliberalen Lager oder war parteilos. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die beiden führenden Mitglieder der Spartakusgruppe, hatten kein Mandat erhalten; ein Antrag, sie als Gäste mit beratender Stimme zuzulassen, wurde gleich zu Beginn der Tagung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Infolge der soliden sozialdemokratischen Mehrheit war die wichtigste Frage des Kongresses bereits vor seiner Eröffnung entschieden: Die Wahl der Nationalversammlung würde zu einem frühen Zeitpunkt erfolgen; weder die Anhänger eines späten Wahltermins noch gar die des „reinen Rätensystems“ hatten eine Chance. Es half nichts, daß der Vorsitzende des Berliner Vollzugsrats, Richard Müller, der schon am 19. November auf einer Versammlung der Berliner Arbeiterräte den vielzitierten Ausspruch getan hatte: „Der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche“ und der seitdem den Spottnamen „Leichenmüller“ trug, abermals warnte: „Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen.“ Auch das große Plädoyer, in dem Ernst Däumig von den Revolutionären Obleuten für das „reine Rätensystem“ und die Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes eintrat, konnte die Delegierten nicht umstimmen.

Mit 344 gegen 98 Stimmen taten die Teilnehmer des Kongresses am 19. Dezember das, was Däumig im voraus das „Todesurteil“ über die Revolution genannt hatte: Sie lehnten seinen Antrag ab, am Rätssystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festzuhalten und den Arbeiter- und Soldatenräten die höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt zuzugestehen. Mit etwa 400 zu 50 Stimmen wurde dagegen der Antrag des Mehrheitssozialdemokraten Max Cohen-Reuß angenommen, die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durchzuführen. Das war ein deutlich früherer Termin als der, auf den sich am 29. November der Rat der Volksbeauftragten schließlich verständigt hatte: der 16. Februar.

Die radikale Linke tat den konservativen Kräften durchaus kein Unrecht, wenn sie ihnen das Kalkül unterstellte, durch eine baldige Wahl der Nationalversammlung die Revolution abschließen und ihre Ergebnisse zumindest teilweise wieder rückgängig machen zu können. Aber das „reine Rätssystem“, wie Däumig es entworfen hatte, beruhte auf einer Illusion. Es ging von der Annahme aus, in einer hochentwickelten arbeitsteiligen Industriegesellschaft könnten die Massen auf Dauer mobilisiert werden, um die Mandatsträger ständig zu überwachen. Da die wenigsten Arbeitnehmer die freie Zeit hatten, die erforderlich war, um diese Aufgabe zu erfüllen, war abzusehen, daß das „reine Rätssystem“ bald zur Herrschaft einer kleiner werdenden, privilegierten Minderheit über die große Mehrheit werden würde. Schlimmer noch: die Beseitigung der „bürgerlichen“ Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung machte die Räteherrschaft faktisch unkontrollierbar. Mochten manche Anhänger des „reinen Rätessystems“ auch eine Parteidiktatur, wie sie sich in Sowjetrußland unter dem Deckmantel der Räteregierung bereits herausgebildet hatte, verabscheuen, so waren ihre Vorstellungen von direkter Demokratie doch durch nichts davor gefeit, einer höchst undemokratischen Wirklichkeit den Weg zu ebnen.

Hinweise auf das abschreckende sowjetische Beispiel trugen viel zu der Wirkung bei, die Cohen-Reuß, Däumigs Korreferent, mit seiner Kampfreden für die Nationalversammlung erzielte. Nicht weniger eindrucksvoll war, was der Sprecher der Mehrheitssozialdemokraten über die mutmaßlichen außen- und innenpolitischen Folgen einer Räteherrschaft in Deutschland ausführte. Aber auch ohne den brillanten Beitrag von Cohen-Reuß wäre die Entscheidung für das parlamentarische und gegen das Rätssystem wohl kaum sehr viel anders ausgefallen. Da das deutsche Volk seit einem halben Jahrhundert auf Reichsebene das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer besaß, war es für die große Mehrheit der Arbeiter undenkbar, daß eine demokratische Revolution diese demokratische Errungenschaft wieder abschaffte. Die Revolution sollte mehr und nicht weniger Demokratie bringen: Das war der eindeutige Wille der großen Mehrheit des ersten deutschen Rätekongresses.

So erfreulich für die MSPD die Abstimmungsergebnisse in den wichtigsten Fragen des Kongresses waren, in anderen Bereichen bezogen die Dele-

gierten Positionen, die „links“ von der Linie der mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten lagen. So gab es eine große Mehrheit für den Antrag, die Regierung solle unverzüglich mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, beginnen. Noch unangenehmer mußten Ebert die „Hamburger Punkte“, eine von den Hamburger Soldatenräten ausgearbeitete, vom Kongreß einstimmig angenommene Vorlage zur Militärpolitik, sein. Die EntschlieÙung sah vor, daß die militärische Kommandogewalt von den Volksbeauftragten unter Kontrolle des neu zu wählenden Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte ausgeübt wurde. Als „Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams“ wurden alle Rangabzeichen beseitigt und das außerdienstliche Waffentragen verboten. Die Soldaten wählten ihre Führer selbst; für die Aufrechterhaltung der Disziplin waren künftig die Soldatenräte verantwortlich. Schließlich sollte das stehende Heer abgeschafft und der Aufbau einer Volkswehr beschleunigt werden.

Mit der Annahme der „Hamburger Punkte“ reagierte der Kongreß vor allem auf Versäumnisse der Regierung. Hätten die Volksbeauftragten die gemäßigten Forderungen aufgegriffen, die die Feld- und Soldatenräte am 1. Dezember in Bad Ems erhoben hatten, wäre es zu der hektischen Beschlußfassung auf dem Rätekongreß wohl gar nicht erst gekommen. Die „Hamburger Punkte“ waren in manchen Teilen, vor allem was die Führerwahl und die Abschaffung sämtlicher Rangabzeichen anging, undurchdacht und undurchführbar. Aber es gab von seiten der führenden Sozialdemokraten weder Versuche, entsprechende Änderungen durchzusetzen, noch Bemühungen, dem Beschluß den Charakter bloßer Richtlinien zu geben, die noch konkreter Ausführungsbestimmungen bedurften.

Die Korrekturen erfolgten erst nachträglich, unter dem ultimativen Druck der Obersten Heeresleitung, und sie veränderten die „Hamburger Punkte“ im Kern. Der Beschluß des Rätekongresses sollte nun lediglich für das Heimatheer, nicht aber für das Feldheer gelten. Die Ausführungsbestimmungen, die am 19. Januar 1919 erlassen wurden, hätten durchaus noch den Aufbau einer republikanischen Reichswehr gestattet, stellten aber, im Gegensatz zu den „Hamburger Punkten“, klar, daß die Kommandogewalt ausschließlich bei den Offizieren lag. Im Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr, das die Nationalversammlung am 6. März 1919 verabschiedete, waren nicht einmal mehr Spuren der militärpolitischen EntschlieÙung des ersten Rätekongresses zu erkennen.

Bei der Beschlußfassung über die „Hamburger Punkte“ hatten die Volksbeauftragten der MSPD Führungsschwächen erkennen lassen. Ihre Kollegen von der USPD lieferten auf dem Kongreß den Nachweis, daß sie „Offiziere ohne Soldaten“ waren. Am 18. Dezember stellten die Mehrheitssozialdemokraten den Antrag, dem Rat der Volksbeauftragten „bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung“ die gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu übertragen. Der vom Kongreß zu wählende Zentralrat

sollte die Volksbeauftragten bestellen und parlamentarisch überwachen. Den Begriff der parlamentarischen Überwachung erläuterte Haase auf Rückfragen seiner Parteifreunde in dem Sinne, daß dem Zentralrat alle Gesetze vorzulegen, die wichtigeren mit ihm zu beraten seien. Die Delegierten der USPD aber wollten mehr, nämlich das „volle Recht“ des Zentralrats, Gesetzen vor ihrer Verkündung zuzustimmen oder sie abzulehnen. Die Mehrheitssozialdemokraten bestanden dagegen auf politischer Bewegungsfreiheit für die Volksbeauftragten und drohten für den Fall, daß der Kongreß den Antrag der USPD annehmen sollte, mit dem Rücktritt der sozialdemokratischen Volksbeauftragten, Staatssekretäre und preußischen Minister. Nachdem der Kongreß mit großer Mehrheit dem Begriff „parlamentarische Überwachung“ Haases Auslegung gegeben hatte, setzte der radikale linke Flügel der USPD in der Fraktion den Boykott der Wahlen zum Zentralrat durch.

In den 17 Mitglieder umfassenden „Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik“ wurden infolgedessen ausschließlich Mehrheitssozialdemokraten gewählt. Die Rolle eines Gegengewichts zur Regierung konnte der Zentralrat damit noch sehr viel weniger spielen als der Berliner Vollzugsrat. Die innere Zerrissenheit der USPD war vor aller Welt deutlich geworden. Die Volksbeauftragten der Unabhängigen verloren durch den Beschluß ihrer Fraktion die Arbeitsgrundlage. Der offene Bruch zwischen den Regierungspartnern vom 10. November 1918 war unausweichlich geworden.²²

Den letzten Anstoß zur Aufkündigung der Koalition gaben die sogenannten „Berliner Weihnachtskämpfe“. Sie waren der dramatische Höhepunkt eines seit zwei Wochen schwelenden Streits um die Volksmarinedivision. Aus einem Konflikt um die Löhnung der Matrosen und die Räumung des von diesen besetzten Stadtschlusses wurde seit dem 23. Dezember ein offener Machtkampf zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und einer Truppe, die sich zunehmend den Positionen der Linksradikalen angenähert hatte. Am Tag vor dem Heiligen Abend setzten die revoltierenden Matrosen, nachdem zwei von ihnen in einem Kampf mit Soldaten der Republikanischen Soldatenwehr, einer regierungsloyalen Formation, getötet worden waren, die Regierung fest und bemächtigten sich der Telefonzentrale der Reichskanzlei. Außerdem stürmten sie die Stadtkommandantur und setzten, neben anderen, Otto Wels, der das Amt des Stadtkommandanten bekleidete, im Marstall fest.

Als Ebert in der Nacht zum 24. Dezember erfuhr, daß Wels von seinen Bewachern mißhandelt werde und sein Leben bedroht sei, wandte er sich über eine geheime, von den Rebellen nicht kontrollierte Telefonleitung an das preußische Kriegsministerium und bat um militärische Hilfe. Vom Sitz der OHL in Kassel aus setzte sich Groener seinerseits über eine andere, ebenfalls nicht überwachte Telefonleitung mit Ebert in Verbindung und ersuchte ihn um eine Vollmacht zum militärischen Vorgehen gegen die Matrosen. Die drei Volksbeauftragten der MSPD erteilten daraufhin dem preußischen Kriegsminister einen entsprechenden Befehl. Kurz vor 8 Uhr morgens

begann das Kommando Lequis Schloß und Marstall mit Artillerie zu beschießen – was Wels und seine Mitgefangenen in unmittelbare Lebensgefahr brachte. Das Schloß fiel zunächst in die Hände des Kommandos Lequis, wurde dann aber, nachdem die Sicherheitswehr des Polizeipräsidenten Eichhorn, die Rote Soldatenwehr und bewaffnete Arbeiter den Matrosen zur Hilfe geeilt waren, von dieser zurückerobert. Daraufhin gab Ebert den Befehl zur Einstellung der Kämpfe.

Die Aktion des Kommandos Lequis endete mit einer militärischen Niederlage der Soldaten und einer politischen Niederlage der Regierung. Die Volksbeauftragten mußten mit den meuternden Soldaten erneut verhandeln, um die Freilassung von Wels und die Räumung von Schloß und Marstall zu erreichen. Der Preis, der hierfür entrichtet wurde, war hoch. Die Regierung gestand der Volksmarinedivision zu, daß sie in ihrer gegenwärtigen Stärke bestehen blieb und als Ganzes in die Republikanische Soldatenwehr eingegliedert wurde. Außerdem konnten die Matrosen durchsetzen, daß Wels seinen Rücktritt als Stadtkommandant erklärte.

Der Hilferuf, den die mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten an das Militär gerichtet hatten, entsprang einer extremen Zwangslage; er war nach Lage der Dinge unvermeidbar. Leichtfertig war es dagegen, daß sie die Durchführung der Aktion nicht im einzelnen mit dem preußischen Kriegsminister besprachen und sich dadurch völlig in die Hände des Militärs begaben. Erst in den Weihnachtstagen von 1918 ist das politische Bündnis Ebert-Groener endgültig besiegelt worden. In der gemeinsamen Sitzung von Rat der Volksbeauftragten und Zentralrat vom 28. Dezember, in der die Vorkommnisse vom 23. und 24. Dezember erörtert wurden, monierte Haase mit Recht, daß seine mehrheitssozialdemokratischen Kollegen dem Militär ohne Not eine Blankovollmacht gegeben hätten. Als der Zentralrat die Frage der Unabhängigen, ob er die Weisung an den Kriegsminister billige, bejahte, nahmen die Volksbeauftragten Haase, Dittmann und Barth das zum Anlaß, aus der Regierung auszuscheiden.

So berechtigt die Kritik war, die Haase an der Art des Zusammenspiels zwischen Ebert, Scheidemann und Landsberg auf der einen, Groener und Scheüch auf der anderen Seite übte, so trugen die Volksbeauftragten der USPD doch selbst ein gerüttelt Maß an Schuld daran, daß es keine hinreichend starke, zuverlässige republikanische Sicherheitswehr gab und der Rat der Volksbeauftragten nur noch von regulären Truppen geschützt werden konnte. In den Wochen zuvor waren nicht nur die mehrheitssozialdemokratischen, sondern auch die unabhängigen Volksbeauftragten auf militärpolitischem Gebiet passiv geblieben. Die letzteren hatten auf dem Rätekongreß auch nichts getan, um die Fraktion der USPD davon abzuhalten, die Wahl des Zentralrats zu boykottieren. Dieser Beschluß und nicht das militärische Debakel vom 24. Dezember war der eigentliche Grund für das Zerschlagen der Koalition der beiden sozialdemokratischen Parteien.

An die Stelle der drei unabhängigen Volksbeauftragten rückten am 29. Dezember zwei Mehrheitssozialdemokraten: der gelernte Maschinenbauer und langjährige Leiter des Zentralarbeitersekretariats der Freien Gewerkschaften, Rudolf Wissell, 1869 in Göttingen geboren, dem der Bereich Sozial- und Wirtschaftspolitik übertragen wurde, und der ein Jahr ältere Gustav Noske aus Brandenburg, ein gelernter Holzarbeiter, der später Redakteur einer Parteizeitung geworden war und sich in der Reichstagsfraktion als Marinereferent einen Namen gemacht hatte. Noske wurde für den Militärbereich zuständig, und in dieser Eigenschaft sollte er schon kurz nach seinem Amtsantritt folgenschwere politische Entscheidungen treffen.

Mit der Bildung einer rein mehrheitssozialdemokratischen Regierung und der Ernennung Noskes rückte die Exekutivgewalt ein kräftiges Stück nach rechts. Bei Teilen der Berliner Arbeiterschaft lösten die Weihnachtskämpfe einen nicht minder deutlichen Ruck nach links aus. Der Einsatz des Militärs schien in den Augen nicht weniger Arbeiter die Behauptung der Spartakusgruppe zu bestätigen, die sozialdemokratischen Volksbeauftragten seien zu Verbündeten der Gegenrevolution geworden. Die Beerdigung der gefallenen Matrosen wurde zu einer politischen Großkundgebung der radikaleren Kräfte im Proletariat der Reichshauptstadt. Wem die Demonstranten die Schuld an den Kämpfen um Schloß und Marstall gaben, konnte man auf den mitgeführten Schildern lesen: „Des Matrosenmordes klagen wir an Ebert, Landsberg und Scheidemann!“²³

Zwei Tage nach dem Zerschlagen der Regierungskoalition begann in Berlin der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie entstand aus zwei verschiedenen politischen Strömungen: einmal der Spartakusgruppe, die bislang den äußersten linken Flügel der USPD gebildet hatte, zum anderen den Internationalen Kommunisten Deutschlands, hervorgegangen aus den Hamburger und Bremer Linksradikalen, von denen die letzteren über Karl Radek, den Deutschlandexperten der Bolschewiki, in Verbindung mit Lenin standen. Radek, der sich seit dem 19. Dezember als Vertreter der sowjetischen Führung illegal in Berlin aufhielt, war es auch, der die Internationalen Kommunisten zur Vereinigung mit der Spartakusgruppe drängte. Den Führern der Spartakusgruppe, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, fiel die Trennung von der USPD nicht leicht. Aber nachdem sie am 15. Dezember auf einer Generalversammlung der Berliner Unabhängigen mit ihrem Versuch gescheitert waren, die USPD auf einen Austritt aus dem Rat der Volksbeauftragten und die Parole „Alle Macht den Räten“ festzulegen, schwanden die Bedenken gegen die Gründung einer selbständigen Partei immer mehr dahin.

Die meisten Delegierten des Gründungsparteitags der KPD waren qualifizierte Arbeiter und Intellektuelle, vor allem solche der jüngeren Generation, und diese soziale und altersmäßige Zusammensetzung war für die junge Partei insgesamt kennzeichnend. Die Anhänger der KPD waren zumeist in der Tradition der Sozialdemokratie verwurzelt, aber daneben gab es, vor

allem in Berlin, auch Mitglieder, die erst durch die Revolution politisiert worden waren. Sie waren besonders anfällig für jene utopisch-radikale Stimmung, die den Parteitag prägte. Die marxistisch geschulten Führer vermochten gegen diese Tendenzen wenig auszurichten; Karl Liebknecht, der gerne mit der „Basis“ ging, wollte das wohl auch gar nicht. Nur Rosa Luxemburg bot den ultralinken Kräften die Stirn. „Ich habe die Überzeugung“, rief sie den lärmenden Delegierten zu, „Ihr wollt Euch Euren Radikalismus ein bißchen bequem und rasch machen, namentlich die Zurufe, ‚Schnell abstimmen!‘ beweisen das.“

In das Parteiprogramm durfte Rosa Luxemburg schreiben: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“ Aber in der Praxis herrschte auf dem Parteitag, was der Historiker Arthur Rosenberg, selbst bis 1927 Mitglied der KPD, in seiner 1935 erschienenen „Geschichte der Deutschen Republik“ den „Geist eines fanatischen Utopismus“ nannte. Das zeigte sich vor allem in der wichtigsten Streitfrage des Kongresses, der Stellung zur Nationalversammlung. Die Parteiführer waren, trotz ihres grundsätzlichen Bekenntnisses zum Räte-system, für die Beteiligung an den Wahlen, weil sie darin ein Mittel zur Schulung und Erziehung der Massen sahen. Aber mit 62 gegen 23 Stimmen stimmten die Delegierten einem Antrag des Delegierten Otto Rühle aus Pirna zu, die Wahlen zur Konstituante zu boykottieren.

Rosenberg hat zu diesem Beschluß bemerkt, er sei „indirekt ein Aufruf zu putschistischen Abenteuern“ gewesen, der mit dem Programm Rosa Luxemburgs nichts gemein gehabt habe. Dennoch fügten sich Luxemburg wie Liebknecht der Mehrheitsentscheidung und machten sich damit zu Gefangenen einer Strömung, die sie aus guten Gründen für einen Ausdruck von unpolitischem Radikalismus hielten. Die Revolutionären Obleute, Vertreter einer gewerkschaftlich geschulten Facharbeiterschaft, wurden vor allem durch den doktrinären Antiparlamentarismus der KPD davon abgehalten, sich der neuen Partei anzuschließen. Die Kommunisten schienen auf dem besten Weg, zu einer von der Masse der Arbeiterklasse abgehobenen Sekte zu werden.²⁴

Am 4. Januar 1919 trat jenes Ereignis ein, das den – zu Unrecht – so genannten „Spartakusaufstand“ auslöste: Der preußische Ministerpräsident Hirsch entließ den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, der zum linken Flügel der USPD gehörte. Nachdem tags zuvor die USPD-Mitglieder der preußischen Regierung, dem Beispiel der drei unabhängigen Volksbeauftragten folgend, zurückgetreten waren, hatte Hirsch zunächst versucht, auch Eichhorn zum Verzicht auf sein Amt zu bewegen. Da dieser dazu nicht bereit war, entthob ihn der Ministerpräsident seiner Funktion. Angesichts der Rolle, die Eichhorn bei den Weihnachtskämpfen gespielt hatte, war seine

Entlassung überfällig. Keine Regierung konnte die Polizei der Hauptstadt einem Mann überlassen, der selbst auf den Sturz dieser Regierung hinarbeitete.

Die radikale Linke, sah das anders: Sie empfand die Amtsenthebung Eichhorns als gezielte Provokation. Noch am Abend des 4. Januar beschloß der Vorstand der Berliner USPD zusammen mit den Revolutionären Obleuten, am folgenden Tag eine Protestdemonstration gegen Eichhorns Entlassung durchzuführen. Den entsprechenden Aufruf unterzeichnete auch die Zentrale der KPD. Sowohl was die Zahl der Teilnehmer wie auch den Kampfgeist anging, übertraf die Demonstration vom 5. Januar die Erwartungen der Veranstalter bei weitem. Aber schon an diesem Tag gerieten die Ereignisse außer Kontrolle. Während im Berliner Polizeipräsidium die Revolutionären Obleute mit Mitgliedern der Berliner USPD und der kommunistischen Parteizentrale noch über das weitere Vorgehen berieten, besetzten bewaffnete Demonstranten die Druckereien des „Vorwärts“ und des „Berliner Tageblatts“, dazu die Verlagsgebäude von Mosse, Scherl und Ullstein, die Druckerei Büxenstein und das Wolffsche Telegraphenbüro.

In die Beratungen im Polizeipräsidium platzte die – wie sich bald herausstellen sollte: falsche – Mitteilung des Anführers der Volksmarinedivision, Dorrenbach, nicht nur seine Truppe, sondern alle Berliner Regimenter ständen hinter den Revolutionären Obleuten und seien bereit, die Regierung Ebert-Scheidemann mit Waffengewalt zu stürzen. Auf Grund dieser und zusätzlicher, ebenso falscher Behauptungen über den militärischen Rückhalt der Protestbewegung erklärte schließlich Karl Liebknecht, „daß bei diesem Stand der Dinge nicht nur der Schlag gegen Eichhorn abgewehrt werden müsse, sondern der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann möglich und unbedingt notwendig sei“. Gegen die Proteste von Richard Müller und Ernst Däumig sprach sich eine Mehrheit der Versammelten dafür aus, die Besetzung der Zeitungsbetriebe aufrechtzuerhalten, die Berliner Arbeiter zum Generalstreik aufzurufen und den Kampf gegen die Regierung bis zu deren Sturz aufzunehmen.²⁵

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de